

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2001–2005**

Juli 2001

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe der
Abteilung Ökonomie und Finanzwirtschaft erstellt:

**Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Helmut Hofer
Reinhard Koman
Monika Riedel
Edith Skriner
Andrea Weber**

**Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien**

Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen gelten sinngemäß für beide Geschlechter.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2. Die internationale Konjunktur	7
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	7
2.2. Länderprognosen	10
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
3. Die österreichische Außenwirtschaft	19
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	22
5. Monetäre Prognose	29
Tabellenanhang	31

1. Einleitung und Zusammenfassung

Stabiles Wirtschaftswachstum bietet Raum für Strukturpolitik

Die österreichische Wirtschaft wird im Zeitraum 2001 bis 2005 um durchschnittlich 2.3 % wachsen und damit ein geringfügig langsames Wachstumstempo als in der zweiten Hälfte der 90er Jahre aufweisen. Das Institut geht dabei von einem flachen Konjunkturbild aus, wobei der Höhepunkt des Wachstums in den Jahren 2003 und 2004 mit 2.5 % erreicht wird. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg gesehen, wird Österreich damit im selben Tempo wie die Europäische Union wachsen. Die wesentlichsten Wachstumsmotoren in den nächsten Jahren bleiben der stabile private Konsum und die Exportnachfrage.

Gegenwärtig sind die kurzfristigen Konjunkturaussichten im gesamten OECD-Raum unerfreulich. Nach Jahren der Hochkonjunktur hat sich in den USA eine Konjunkturabschwächung eingestellt, die stärker als erwartet ausfiel. Das Institut geht aber davon aus, dass die amerikanische Wirtschaft ihren Tiefpunkt bereits erreicht hat und sich bis zum Jahresende 2001 erholen wird. Die deutliche Abschwächung des amerikanischen Wachstums strahlt spürbar auf Europa aus. Die vorliegenden Daten und Frühindikatoren zeigen die starke Abkühlung des Konjunkturklimas in Europa an. Darüber hinaus sind die Verbraucherpreise deutlich angestiegen; diese Preisentwicklung, primär verursacht durch hohe Energie- und Nahrungsmittelpreise, senkt die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und dämpft damit die reale Konsumnachfrage. Insbesondere in Deutschland stellt sich die Konjunktursituation gegenwärtig äußerst ungünstig dar. Sowohl die Exportentwicklung als auch die Binnenkonjunktur sind schwach, die Konsumausgaben stagnieren trotz Steuerentlastung. Das internationale Konjunkturbild wird sich, ausgehend von der US-amerikanischen Erholung, ab dem nächsten Jahr etwas aufhellen. Die Belebung der Konjunktur in Europa wird aber nur relativ langsam vor sich gehen und der Konjunkturmehrpunkt in den Jahren 2003 und 2004 erreicht werden. Die amerikanische Wirtschaft wird wieder auf einen Wachstumspfad von rund 3 ¼ % zurückkehren. Die Wachstumschancen für Europa werden deutlich pessimistischer eingeschätzt. Die EU wird nur mit durchschnittlich 2 ¼ % wachsen, wobei Deutschland rund einen halben Prozentpunkt hinter dem EU-Durchschnitt zurückbleiben wird.

Der Ausblick für die heimische Binnenkonjunktur fällt mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1.8 % nur geringfügig ungünstiger als in der Periode 1996 bis 2000 aus. Das reale Wachstumstempo der Inlandsnachfrage bleibt aber aufgrund der schwachen Bautätigkeit und des gedämpften öffentlichen Konsums rund einen halben Prozentpunkt hinter dem BIP-Wachstum zurück.

Der private Konsum wird die Konjunktur weiterhin stützen. In der ersten Hälfte des Prognosezeitraums dämpfen die Budgetkonsolidierung und die hohen Verbraucherpreise zwar die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, diese Effekte werden aber durch die Rücknahme der Sparquote kompensiert. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Konsums wird sich auf 2.1 % belaufen.

Die Investitionen werden bis zum Jahr 2005 um durchschnittlich 2 ½ Prozent wachsen. Hierbei entwickeln sich die Ausrüstungsinvestitionen mit 3 ¾ % etwas günstiger als der Bau mit 1 ½ %.

Die zweite Hälfte der 90er Jahre war von einem deutlichen Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft gekennzeichnet. Die realen Exporte laut VGR sind pro Jahr um durchschnittlich 8 %, die Warenexporte sogar um knapp 10 % gewachsen. Die Exportquote ist von 39.6 % des BIP im Jahr 1996 auf 48.8 % im Jahr 2000 geklettert. Parallel sind die realen Importe laut VGR um durchschnittlich 6.7 % gewachsen. Die außenwirtschaftliche Dynamik wird sich im Prognosezeitraum verlangsamen, der Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft setzt sich aber weiter fort. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Exporte laut VGR wird auf 6 % zurückgehen. Da aufgrund der gedämpften Binnennachfrage aber auch die Importe laut VGR mit 5.1 % weniger rasch wachsen als in der Vergangenheit, trägt der Außenbeitrag weiterhin positiv zur Wirtschaftsentwicklung in Österreich bei.

Die günstige Entwicklung bei den Warenexporten und der positive Trend im Reiseverkehr führen dazu, dass das Leistungsbilanzdefizit von 81 Mrd. ATS (2000) bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 34 Mrd. ATS zurückgehen wird. Im Jahr 2005 wird das Leistungsbilanzdefizit damit 1 % des Bruttoinlandsproduktes betragen.

Die Rohölverteuerung und die Schwäche des Euro führten im Jahr 2000 zu einem starken Anstieg der Verbraucherpreise. Auch im heurigen Jahr ist mit einem Preisauftrieb von 2 ½ % zu rechnen. In den folgenden Jahren sollte sich der Preisauftrieb aber wieder etwas abschwächen, so dass die Inflation im Jahresmittel 2001 bis 2005 durchschnittlich 1 ¾ % betragen wird. Hierbei wird unterstellt, dass die Einführung des Euro den Wettbewerbsdruck weiter erhöhen wird. Von weiteren Liberalisierungen (z. B. im Strombereich) werden dämpfende Effekte auf die Preisentwicklung erwartet. Das Institut nimmt an, dass von Seiten der Wechselkurse und der Rohstoffpreise mittelfristig keine preistreibenden Effekte ausgehen. Weiters geht das Institut davon aus, dass die beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik weiter fortgesetzt wird und die Lohnstückkosten nur verhalten steigen.

Die wirtschaftliche und die demographische Entwicklung implizieren einen recht positiven Ausblick für den Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Karenz- bzw. KindergeldbezieherInnen und Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) wird um durchschnittlich 0.6 % pro Jahr wachsen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums werden per saldo 90.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Beschäftigungsentwicklung bedingt einen deutlichen Rückgang in der Arbeitslosenrate. Laut Modellprognose sinkt die Arbeitslosenrate (nach nationaler Definition) bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 4.6 %. Die Arbeitslosenrate laut Eurostat-Definition wird auf 3 % zurückgehen.

Hinsichtlich der Abschätzung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte geht das Institut davon aus, dass das aktuelle mittelfristige Stabilitätsprogramm realisiert werden kann. Der Prognosezeitraum wird von deutlichen Konsolidierungsmaßnahmen, die im Zeitverlauf immer stärker auf der Ausgabenseite

ansetzen, dominiert. Der reale öffentliche Konsum bleibt im Prognosezeitraum etwa konstant. Das Null-Defizit im Jahr 2002 wird erreicht werden und kann auch in den Folgejahren gehalten werden. Längerfristig erscheinen jedoch aus standortpolitischer Sicht Maßnahmen, die zur Absenkung der Steuer- und Abgabenquote führen, notwendig. Gegeben die mittelfristige Entwicklung der Konjunktur und die absehbare Ausgabendynamik, sieht das Institut aber gegenwärtig wenig Spielraum für eine Steuerreform. Durch eine Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche eine effiziente Ressourcenverwendung gewährleisten. Zur Sicherstellung der längerfristigen Finanzierbarkeit sind auch weitere strukturelle Maßnahmen im Bereich der Pensionsversicherung notwendig. Weiters erscheinen zusätzliche Anstrengungen im Aus- und Weiterbildungssystem notwendig, um dem sich bereits abzeichnenden Mangel an höherqualifizierten Arbeitskräften gegenzusteuern.

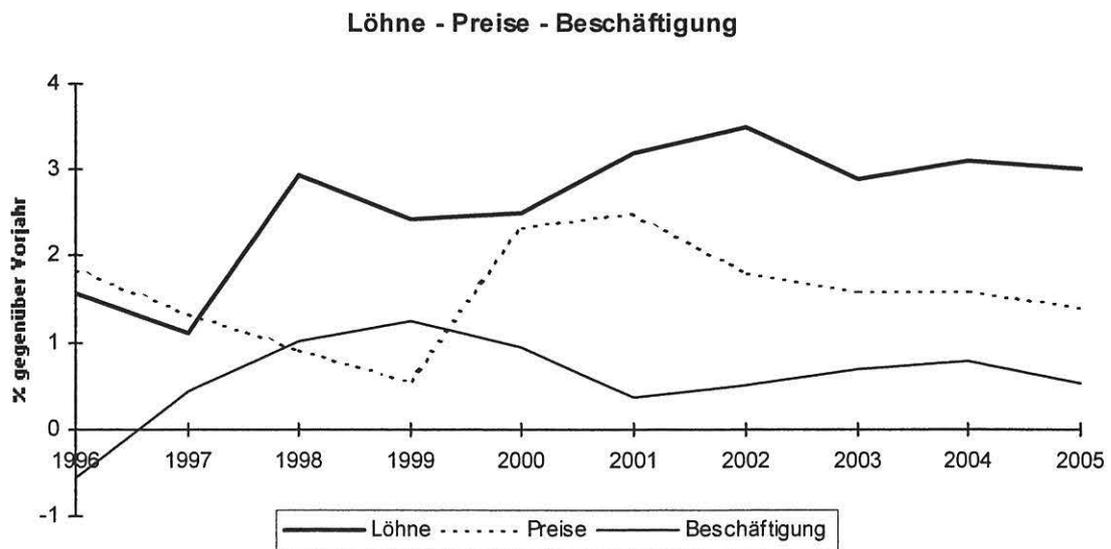
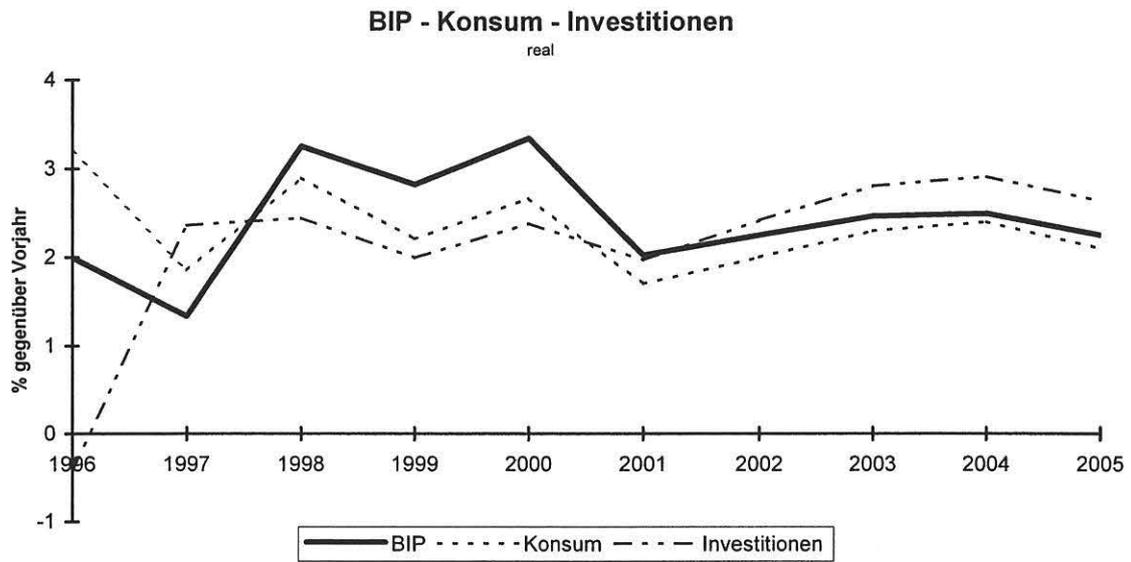
Wichtige Prognoseergebnisse

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Prozent

	1996-2000	2001-2005
Bruttoinlandsprodukt, real	2.5	2.3
Privater Konsum, real	2.6	2.1
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	1.7	2.5
Ausrüstungsinvestitionen, real	5.3	3.8
Bauinvestitionen, real	0.5	1.5
Inlandsnachfrage, real	2.0	1.8
Exporte i.w.S., real	7.9	5.9
Waren, real (laut VGR)	9.8	6.4
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.3	2.6
Importe i.w.S., real	6.7	5.1
Waren, real (laut VGR)	7.3	5.7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.0	2.3
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.6	0.6
Arbeitslosenrate: Nationale Definition ^{*)}	6.8	5.2
Arbeitslosenrate: Eurostat-Definition ^{*)}	4.2	3.5
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.1	3.1
Preisindex des BIP	1.1	1.6
Verbraucherpreisindex	1.4	1.8
3-Monats-EURO-Rendite ^{*)}	3.5	4.3
10-Jahres-EURO-Rendite ^{*)}	5.4	4.8
Leistungsbilanz (Mrd. ATS) ^{*)}	-73,5	-47,8

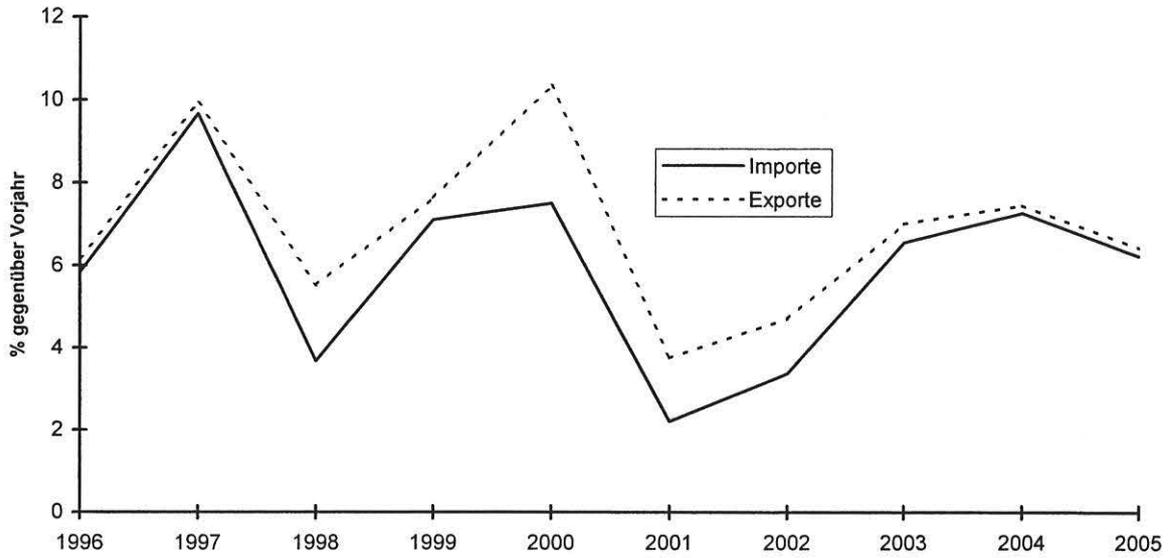
^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1

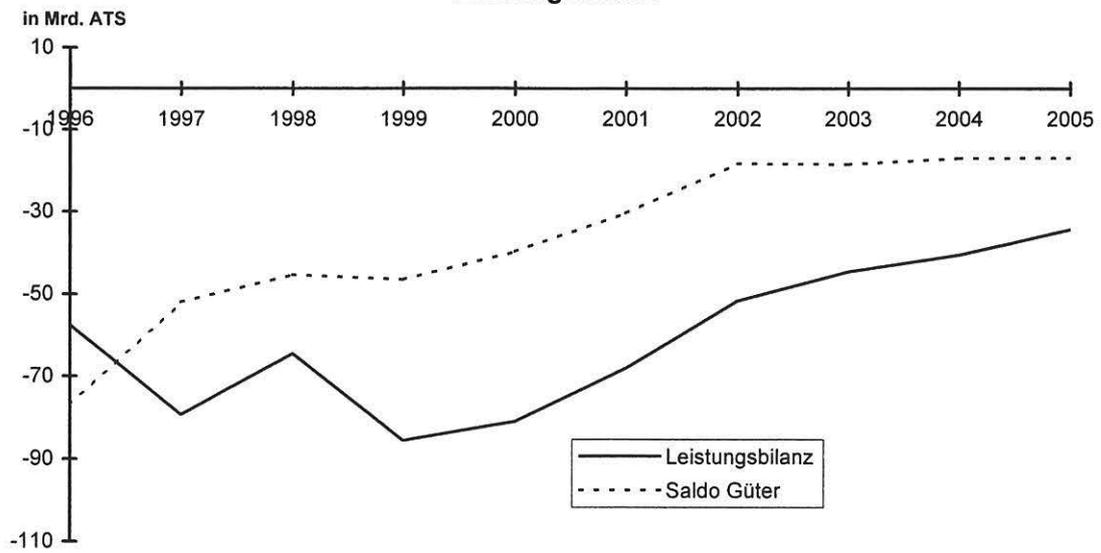


WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



Leistungsbilanz



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

In den Jahren 1996 bis 2000 erlebte die Weltwirtschaft ein Wachstum von durchschnittlich 4 %. Der Welthandel expandierte um 4.1 %. Der Inflationsdruck ließ bis zum Jahr 1999 kontinuierlich nach und der Arbeitsmarkt verbesserte sich zusehends. Im laufenden Jahr verschlechtert sich das Weltkonjunkturklima wieder deutlich. In den folgenden Jahren wird der Welthandel zwar an Fahrt gewinnen, die Bedingungen am Arbeitsmarkt verschärfen sich jedoch weltweit. Die Teuerung wird nachlassen, aber im Durchschnitt nicht auf das durchschnittliche Niveau der letzten fünf Jahre sinken. Der Institutsprognose wird zugrunde gelegt, dass Spannungen und Finanzkrisen ausbleiben und die Finanz- und Währungskrisen in Argentinien und der Türkei beigelegt werden. Für den Rohölpreis wird angenommen, dass er durchschnittlich 25 USD / barrel ausmachen wird. Der Wertverlust des Euro gegenüber dem USD ist gestoppt, der Wechselkurs wird im Jahr 2005 die Parität erreichen.

Ein so anhaltend hohes Wachstum wie in den letzten Jahren ist historisch außergewöhnlich. Die Wirtschaft Nordamerikas befand sich seit Beginn der 90er Jahre bis zum Jahr 2000 in einer Hochkonjunktur. In den Jahren 1997 und 1998 beeinträchtigten jedoch Krisenherde in Asien und Lateinamerika die weltweite Wirtschaftsdynamik. Strukturprobleme hemmen nach wie vor die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands, das ehemals als Wachstumsmotor der Europäischen Union galt. Im Jahr 2000 wurden dann in allen Teilen der Welt gleichzeitig sehr hohe Wachstumsraten erzielt. Nordamerika und Europa verzeichneten einen Wachstumsboom und auch in den aufstrebenden Märkten und Transformationsländern gab es einen konjunkturellen Aufschwung. Wenn Kapazitätsengpässe auftreten, verlangsamt sich normalerweise auch das Wirtschaftswachstum. Dies gilt insbesondere, wenn in mehreren Regionen der Welt die Produktionsressourcen erschöpft sind, was im Jahr 2000 der Fall war. Kapazitätsauslastung und Sondereffekte, wie Rohöl- und Lebensmittelpreisentwicklung beschleunigten daher die Inflation.

Im laufenden Jahr erreicht die Teuerung das höchste Niveau der letzten Jahre. Gleichzeitig setzt eine deutliche Abschwächung der Wirtschaftsdynamik ein, beginnend in Nordamerika. Über Außenhandel, grenzüberschreitende Kapitalflüsse und Arbeitsmarkt wurde auch der Rest der Welt von der Abschwächung betroffen. Die Exportaussichten der wichtigsten Handelspartner sinken stark und internationale Firmen mit Sitz in den USA beschließen, außerhalb des Landes Personal abzubauen. Dieser Umstand tritt vor allem bei den New-Economy-Branchen ein. Geringere Gewinnerwartungen der Unternehmen und fallende Wertpapierpreise dämpfen das bislang sehr belebte Investitionsklima. In vielen Ländern wird der wirtschaftlichen Abschwächung mit einer gelockerten Geldpolitik und einer expansiven Fiskalpolitik entgegengetreten, um eine Rezession zu vermeiden. Trotz der weltweiten Abschwächung des Wirtschaftswachstums entsteht jedoch wieder Anlass zu Optimismus, da am Ende des laufenden Jahres ein Wachstumsschub von Nordamerika ausgehen wird. Auf Grund von gesunden wirtschaftlichen Fundamenten und enger internationaler Kooperation werden positive Effekte die Weltwirtschaft wieder beleben.

Sollte sich dieses Szenario bestätigen, ist auch nach Ansicht der UNO mit einer Beschleunigung des globalen Aufschwungs im Jahr 2002 zu rechnen, so dass die Weltwirtschaft ab 2003 zu ihrem langfristigen Wachstumstempo von 3 % zurückfindet. Im Bericht der UNO zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Welt vom Juli 2001 heißt es auch, dass trotz der bestehenden Risiken die Wahrscheinlichkeit einer globalen Rezession nicht als hoch einzustufen ist. Das größte Risiko bestehe darin, dass sich die US-Wirtschaft schwächer entwickeln könne als erwartet. Dann könnte auch die wirtschaftliche Entwicklung in Europa an Stabilität verlieren. Auch für Japan könnte es dann schwerer werden, die notwendigen Reformen durchzuführen.

Das Wirtschaftswachstum der OECD-Länder wird in den Jahren 2001 bis 2005 mit durchschnittlich $2\frac{3}{4}$ % geringer ausfallen als in den Jahren zuvor (3.3 %). Nordamerika bleibt der Wachstumsführer der Weltwirtschaft, das Wachstumstempo der EU wird auch in den kommenden Jahren langsamer sein als jenes der USA. In den OECD-Ländern ist seit dem Jahr 1996 eine kontinuierliche Verbesserung am Arbeitsmarkt feststellbar. Die Arbeitslosenquote betrug in den vergangenen Jahren durchschnittlich 7 %. Mit einem Wert von 6.4 % im Jahr 2000 erreicht sie den tiefsten Stand innerhalb des Beobachtungszeitraums. Auf Grund der langsameren Konjunkturentwicklung werden sich die Arbeitsmarktbedingungen im Prognosezeitraum wieder etwas verschärfen. Laut OECD vertraut jedoch ein wachsender Anteil der Länder auf eine aktive Beschäftigungspolitik, obwohl deren langfristige Wirkungen noch weitgehend unerforscht sind. Im Zeitraum 1996 bis 2000 verlangsamte sich der Preisauftrieb in der Ländergruppe zusehends. Jedoch beschleunigen Kapazitätsengpässe und Sondereffekte die Teuerung im laufenden Jahr. Die Nachwirkungen werden zwar langsam abflachen, es ist jedoch zu erwarten, dass in den kommenden Jahren im Jahresdurchschnitt der Preisauftrieb stärker ausfallen wird als in den vergangenen fünf Jahren.

Die Produktivitätslücke, die zwischen der europäischen Industrie und den USA besteht, wird sich in den nächsten Jahren kaum schließen lassen. Die Gründe dafür sind regulatorische Hürden, staatliche Eingriffe und ineffiziente Prozesse, die im Bereich der Bauindustrie besonders markant sind. Hingegen produzieren die Industrien der USA wirkungsvoller, weil Deregulierung, technische Innovationen und der Grad an Standardisierung weiter fortgeschritten sind als in Europa.

Die Wirtschaft der EU wuchs in den vergangenen Jahren im Jahresdurchschnitt um 2.6 %. Um weniger als zwei Prozent wuchsen Deutschland und Italien; die Benelux-Länder und das Vereinigte Königreich verzeichneten Wachstumsraten von über 3 %. Die Wachstumsaussichten der EU-Länder haben sich im laufenden Jahr verschlechtert. Gründe dafür sind in der Abschwächung der Weltwirtschaft bzw. des Welthandels und in der straffen Zinspolitik vom Vorjahr zu sehen. Hinzu kommt, dass Wechselkurs und Preisentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der exportabhängigen europäischen Wirtschaft geschmälert haben.

Im laufenden Jahr wird daher die Wirtschaft der EU-Länder um nur $2\frac{1}{4}$ % wachsen. Spanien, die Benelux-Länder und die skandinavischen Länder werden, nach der überhitzten Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr, weich landen. Die großen Länder Europas verzeichnen hingegen eine stärkere Wachstumsabschwächung. In Deutschland, Frankreich und Italien wurde die

Einkommensteuer – mit Wirkung vom Jahresanfang – zwar gesenkt, um den Haushaltskonsum anzukurbeln; die Erwartung, dass eine positive Grundstimmung der Verbraucher die Konjunktur stabilisieren werde, erfüllt sich jedoch nicht. Die positive Entwicklung am europäischen Arbeitsmarkt scheint im laufenden Jahr gestoppt zu sein, da viele internationale Unternehmen in Deutschland, Frankreich und Schweden planen, Arbeitsplätze abzubauen. In den nächsten Jahren dürften eine zurückhaltende Lohnpolitik und die Durchsetzung von Strukturreformen zu einer Erhöhung des Wachstumspotenzials führen. Das Wirtschaftswachstum Deutschlands und Italiens wird auch weiterhin unter dem EU-Durchschnitt liegen.

In den vergangenen fünf Jahren war im Euro-Raum ein rasches Voranschreiten bei der Konsolidierung des öffentlichen Sektors zu beobachten. Die Neuverschuldung verbesserte sich von einem Defizit von 4.5 % im Jahr 1996 auf einen Überschuss von 0.4 % im Jahr 2000. Auf Grund der langsameren Wirtschaftsentwicklung werden sich die Staatshaushalte in den kommenden Jahren wieder etwas verschlechtern.

Im Zeitraum 1996 bis 2000 betrug die Teuerung im EU-Raum im Jahresdurchschnitt 2 %. Kurzfristige Entwicklungen, darunter BSE und Maul- und Klauenseuche, sowie indirekte Effekte der vergangenen Ölpreiserhöhungen und Wechselkursentwicklung halten die Inflation im EU-Raum im laufenden Jahr bei 2.5 %. Die Nachwirkungen der Sondereffekte werden allmählich abnehmen. Die Teuerung wird somit in den nächsten Jahren zwar nachlassen, aber durchschnittlich bei 2 % liegen.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

In den Jahren 1996 bis 2000 wuchs die deutsche Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 1.7 %. In den folgenden Jahren wird sich das durchschnittliche Wachstum kaum beschleunigen. In den vergangenen Jahren kam der größte Wachstumsbeitrag von den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen. Die Bauindustrie wies rückläufige Wachstumsraten auf und der Konsum entwickelte sich nur langsam. Das Jahr 2000 nimmt eine Sonderstellung in der deutschen Wirtschaftsentwicklung ein. Durch die anziehende Weltkonjunktur und den schwachen Euro legten Exporte und Anlageinvestitionen kräftig zu. In dieser günstigen Situation wuchs die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr um 3.1 %, der höchsten Rate seit der Wiedervereinigung.

Eine Abschwächung erfolgt jedoch im laufenden Jahr. Durch das Abklingen der internationalen Wirtschaftsentwicklung nehmen Aufträge aus dem Ausland kaum zu. Als Folge verlangsamt sich die Industrieproduktion, begleitet von rückläufigen Beschäftigungszahlen. Eine Ausnahme bildet dabei die Automobilindustrie, die von der derzeitigen Wirtschaftsabschwächung weniger stark betroffen ist. Die vorherrschende Krise in der Bauindustrie entschärft sich im laufenden Jahr zunehmend. Das Institut erwartet daher eine Verbesserung in der Entwicklung der Bauinvestitionen im Prognosezeitraum. Wie in den vergangenen Jahren bildet die Inlandsnachfrage auch in Zukunft kein Gegengewicht zum langsameren Auslandsgeschäft. Verglichen mit den letzten fünf Jahren werden sowohl Export- als auch Importwachstum geringer ausfallen. Der private Konsum bleibt als möglicher Ersatzmotor für die lahrende Exportkonjunktur nach wie vor zu schwach. Ganz offensichtlich werden die zu Beginn des Jahres 2001 in Kraft getretenen Erleichterungen bei der Einkommensteuer von den Konsumenten kaum als solche registriert, da die Preisentwicklung den realen Zuwachs des verfügbaren Einkommens aufhebt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden sich demnach am durchschnittlichen Niveau (1.5 % Wachstum) der vergangenen Jahre entwickeln. Wenn sich der Staat bei den Ausgaben wie vorgesehen verhält und auch in den nächsten Jahren weniger als 2 % ausgibt, wird die Defizitquote 1.5 % betragen.

Die Arbeitslosenquote (nach Eurostat-Definition) erreichte im Jahr 2000 mit 7.9 % einen Tiefststand. Als Folge der konjunkturellen Verlangsamung im Jahr 2001 verschlechtert sich die Lage am deutschen Arbeitsmarkt wieder, nachdem der Abbau der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren zaghafte Fortschritte gemacht hat. Eine weitere Verbesserung am Arbeitsmarkt ist in den nächsten Jahren nicht wahrscheinlich.

Die Beschleunigung der Inflation, die seit dem Jahr 2000 zu beobachten war, erreicht im laufenden Jahr den höchsten Stand und ist zum größten Teil auf den Preisanstieg bei Rohöl sowie auf die Verteuerung von Nahrungsmitteln zurückzuführen. Eine Entspannung in der Preisentwicklung dürfte gegen Ende des laufenden Jahres eintreten. In den kommenden Jahren wird sich die Preisentwicklung abflachen. Trotzdem wird die Teuerung in den nächsten Jahren im Durchschnitt

höher als in den vergangenen Jahren ausfallen und bei 2 % liegen, verglichen mit 1.4 % in den vergangenen Jahren.

Weitere westeuropäische Länder

Wie in Deutschland entwickelt sich auch **Italiens** Wirtschaft unter dem EU-Durchschnitt. In den Jahren 1996 bis 2000 wuchs das italienische BIP um durchschnittlich 1.9 %. Nach einem Rekordwachstum im Jahr 2000 breitet sich die internationale Konjunkturabschwächung auch auf die italienische Wirtschaft aus. Im laufenden Jahr wird das Wachstum von der Inlandsnachfrage getragen, während vom Außenbeitrag kein Impuls kommt. Dieses Wachstumsbild wird auch in den nächsten Jahren zu beobachten sein. Im Zeitraum 2001 bis 2005 dürfte das italienische Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 2 % betragen.

Mit der Einführung der gemeinsamen Währung im Jahr 1999 verringerte sich der positive Außenbeitrag Italiens um mehr als die Hälfte, da die Exportaktivitäten kaum zunahmen. Mit der Abschwächung des Euro gegenüber dem USD verbesserte sich die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft am Weltmarkt. Das Exportwachstum erreichte wieder den langjährigen Durchschnitt von 4 %. Ein Wachstum in ähnlicher Höhe wird auch im Prognosezeitraum erwartet. Steuersenkungen und Lohnerhöhungen verbesserten das verfügbare Einkommen der italienischen Haushalte in den vergangenen Jahren. Im Prognosezeitraum dürfte der Trend nachlassen, da eine weitere Lockerung der Fiskalpolitik auf Grund von EU-Richtlinien nur noch begrenzt möglich ist. Trotzdem wurden zu Jahresbeginn weitere Steuersenkungen für Haushalte und Unternehmen wirksam. Die neue Regierung verpflichtete sich darüber hinaus, ab dem Jahr 2002 die Steuern um 1 % pro Jahr zu senken. In den letzten Jahren gelang es der öffentlichen Hand zwar, das hohe Budgetdefizit abzubauen, doch durch die konjunkturelle Abschwächung wird die Neuverschuldung in den nächsten Jahren wieder zunehmen.

Ziel der neuen Regierung ist es, die Arbeitslosenquote von derzeit 10 % bis zum Ende der Legislaturperiode 2006 auf 7 % zu reduzieren. Um dies zu erreichen, muss die Wirtschaft in den kommenden Jahren jährlich um 3 % wachsen. Wird jedoch der Wachstumspfad der letzten Jahre beibehalten, so dürften sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt kaum verändern. Die Arbeitslosenquote dürfte daher heuer den Tiefstand erreicht haben und in den kommenden Jahren von diesem Niveau kaum abweichen. In den Jahren 1996 bis 2000 betrug die Inflation 2.4 % und lag somit über dem EU-Durchschnitt. In den nächsten Jahren wird sich das Inflationsdifferenzial zu den anderen Ländern der Eurozone verringern.

Frankreichs Wirtschaft wuchs in den Jahren 1996 bis 2000 um durchschnittlich 2.6 %. In den Jahren 1996 und 1997 ging die wirtschaftliche Expansion nur langsam voran, da Konsum und Investitionen kaum wuchsen. Einkommensteuersenkungen und niedrige Inflationsraten belebten die inländische Nachfrage. Als Folge wuchs die französische Wirtschaft in den Jahren 1998 und 1999 jährlich um

mehr als 3 %. Im Jahr 2000 verlangsamte sich das Wachstum der Haushaltsnachfrage, dieser Umstand wurde jedoch durch einen kräftigen Impuls aus dem Ausland mehr als ausgeglichen. Im laufenden Jahr schwächt sich das Exportwachstum ab und die französische Wirtschaftsentwicklung wird wieder von der Inlandsnachfrage getragen. Im Prognosezeitraum dürfte das französische Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt $2\frac{1}{4}$ % betragen.

Im Zeitraum 1996 bis 2000 lag die Teuerung in Frankreich deutlich unter dem EU-Durchschnitt: Während die französische Inflation jährlich 1.1 % betrug, wuchsen die Preise im gesamten Euro-Raum um 1.8 %. Die moderate Preisentwicklung erhöhte das reale verfügbare Einkommen der französischen Haushalte. Auf die Inlandsnachfrage nachteilig wirkt sich jedoch die gemeinsame Geldpolitik im Euro-Raum aus, da durch die niedrige Inflation die realen Zinsen in Frankreich höher ausfallen als in den anderen Mitgliedsländern. Teure Kredite schwächen die Nachfrage insbesondere in der Bauwirtschaft und Unternehmen revidieren ihre Investitionspläne nach unten. Das Problem des hohen realen Zinsniveaus dürfte sich in den nächsten Jahren abschwächen, da die Inflation im Jahresdurchschnitt etwas höher ausfallen wird als vergleichsweise in den Jahren 1996 bis 2000.

In den letzten fünf Jahren verringerte sich in Frankreich die Arbeitslosenrate von 12.4 % im Jahr 1996 auf 9.5 % im Jahr 2000. Neben der guten konjunkturellen Entwicklung haben Reformen am Arbeitsmarkt zur Absenkung der Arbeitslosigkeit maßgeblich beigetragen. Die bedeutendste Reform war dabei die Einführung der 35-Stunden-Woche im letzten Jahr; aber auch die Entlastung bei den Lohnnebenkosten und Programme zur Eingliederung der Arbeitslosen in ein Beschäftigungsverhältnis entlasten den Arbeitsmarkt. Im laufenden Jahr geht die Industrieproduktion als Folge von fehlenden Auftragseingängen aus dem In- und Ausland stark zurück. Trotz einer Kündigungswelle bei internationalen Konzernen gibt es jedoch keine Anzeichen einer Verschlechterung am Arbeitsmarkt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahren zwar weiter vorangehen, jedoch langsamer als zuvor. Arbeitsmarktreformen und Reformen zur Sicherung der sozialen Sicherheit belasten das Budget der öffentlichen Hand in Frankreich. Darüber hinaus wird das neue Drei-Jahres-Programm zur Senkung der Steuerbelastung der Haushalte und Unternehmen den Staatshaushalt belasten.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre beginnt die Konjunktorentwicklung des **Vereinigten Königreichs** vom Wachstumszyklus der USA abzuweichen und sich an jenen der EU anzunähern. Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich beschleunigte sich in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 2.8 %. Dies ist zwar höher als der Durchschnitt der EU-Länder, liegt jedoch um 1.5 Prozentpunkte unter dem Wirtschaftswachstum der USA. Im Gegensatz zu den EU-Ländern wurde die Wirtschaftsentwicklung des Vereinigten Königreichs ausschließlich vom privaten Konsum getragen, wo Wachstumsraten von knapp 4 % erzielt wurden. Durch die rege Inlandsnachfrage stiegen die Importe bedeutend stärker als die Exporte, was zu einem Anwachsen des negativen Außenbeitrags führte. In den Jahren 2001 bis 2005 wird sich die Wirtschaftsentwicklung des Vereinigten Königreichs etwas abschwächen und ein Jahreswachstum von $2\frac{1}{2}$ % realisiert werden. Diesen Erwartungen wird zugrunde gelegt, dass die Bank of England im Prognosezeitraum den Leitzinssatz unverändert auf

5.3 % belässt, das GBP gegenüber dem USD kaum an Wert verliert und die Staatsausgaben im Jahresdurchschnitt um 2.6 % wachsen.

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs entwickelt sich im Jahr 2001 kräftig und scheint sich dem derzeit schwachen Trend der Weltkonjunktur zu entziehen. In den nächsten Jahren bleibt die Haushaltsnachfrage weiterhin der treibende Konjunkturmotor. Grund dafür ist vor allem das wachsende Einkommen für unselbständige Arbeit. Auf Grund dessen wird die rege Importtätigkeit nur geringfügig nachlassen und den Außenbeitrag weiter verschlechtern. Die güterverarbeitende Industrie, die im laufenden Jahr aufgrund fehlender Aufträge aus dem Ausland starke Einbußen hinnehmen muss, wird zwar von der verbesserten internationalen Konjunktur profitieren, jedoch wird von Seiten der Wechselkursentwicklung keine Nachfragestimulierung ausgehen. Die Investitionstätigkeit wird daher in den nächsten Jahren etwas geringer ausfallen als in den Jahren 1996 bis 2000.

Eine positive Stimmung geht vom Arbeitsmarkt aus, da der Abbau der Arbeitslosigkeit weiter voranschreitet. Während in den vergangenen fünf Jahren die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 6.6 % ausmachte, wird sie in den nächsten fünf Jahren auf 4.5 % weiter absinken. Wegen der regen Konsumnachfrage wird die Teuerung im Prognosezeitraum, verglichen mit den letzten fünf Jahren, kaum abnehmen. Laut Office of National Statistics hat die Maul- und Klauenseuche auf die volkswirtschaftliche Entwicklung nur geringfügige Auswirkungen.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wuchs in den Jahren 1996 bis 2000 um 1.9 %. In den einzelnen Jahren gab es starke Schwankungen. Im Jahr 1996 expandierte die Wirtschaft um nur 0.3 %, während im Jahr 2000 ein Wachstum von 3.4 % verzeichnet wurde. In den vergangenen fünf Jahren kam der Wachstumsbeitrag vorwiegend von der Inlandsnachfrage. Die Schweizer Wirtschaft schwenkt im laufenden Jahr auf einen langsameren, aber stabilen Wachstumskurs ein. Bis zum Jahr 2005 dürfte die Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 1 ½ % wachsen. Das Institut geht dabei davon aus, dass sich das gegenwärtige Wechselkursverhältnis des Frankens gegenüber dem USD nicht ändert und der Leitzinssatz im Prognosehorizont auf 3.0 % verbleibt.

Im laufenden Jahr trübt sich das Konsumklima im Vergleich zum Vorjahr ein. Der Kauf bzw. Bau von Eigenheimen geht nur langsam voran und dies bewirkt bei der Nachfrage nach langlebigen Wirtschaftsgütern eine rückläufige Entwicklung. In Hinblick der konjunkturellen Verlangsamung in den Nachbarländern haben sich auch die Exportaussichten der Schweizer Industrie verschlechtert. Viele Unternehmen haben daher ihre Investitionspläne nach unten revidiert. Vor diesem Hintergrund wird sich das Wachstum der Investitionsausgaben im Prognosezeitraum von durchschnittlich 2.5 % in den vergangenen fünf Jahren auf 1.7 % verlangsamen. Der negative Außenhandelsbeitrag dürfte sich dabei verringern, da die Importe sich noch schwächer entwickeln als die Exporte.

Ein Wirtschaftswachstum in der Nähe von 2 % pro Jahr entspricht einem Tempo, das keine große Gefahr einer erhöhten Teuerung oder Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Die Verbraucherpreise stiegen daher in den letzten Jahren um nur 0.7 % und dürften im Prognosezeitraum jährlich um 1.1 % zulegen. Die Arbeitslosenquote machte in den letzten Jahren durchschnittlich 3.4 % aus und ist

mittlerweile auf einen Tiefststand von etwa 2 % im laufenden Jahr gesunken. Im Prognosezeitraum wird die Arbeitslosigkeit wieder eine leicht steigende Tendenz aufweisen.

USA

Im Vergleich zu den anderen entwickelten Ökonomien wuchs die Wirtschaft der USA in den Jahren 1996 bis 2000 bedeutend rascher. Während im Jahr 1996 eine Wachstumsrate von 3,6 % erzielt wurde, expandierte die Wirtschaft der USA im Jahr 2000 um 5 %. Das durchschnittliche Jahreswachstum der vergangenen fünf Jahre betrug 4,3 %. Maßgeblich für die rasche wirtschaftliche Expansion der vergangenen Jahre waren umfangreiche Anlageinvestitionen und das hohe Konsumentenvertrauen. Der Außenbeitrag war hingegen negativ. In den nächsten Jahren wird mit einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsverlangsamung gerechnet. Die Wachstumsrate dürfte somit durchschnittlich 3 ¼ % betragen. Das Institut nimmt dabei an, dass der Euro gegenüber dem Dollar bis 2005 die Parität erreicht. Die expansive Geldpolitik des laufenden Jahres wird sich in den nächsten Jahren nicht weiter fortsetzen.

Fallende Einkommen aus Kapitalvermögen und unsichere Arbeitsmarktbedingungen dämpfen die Kauffreudigkeit der Konsumenten im laufenden Jahr nur geringfügig. Gewinnerwartungen, die vor allem im Technologiesektor sehr getrübt ausfallen, wirken sich nachteilig auf Wertpapiermarkt und Investitionsfreudigkeit der Unternehmer aus. Die hohe Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen in den vergangenen Jahren reduziert sich im laufenden Jahr auf 5 % und liegt zum ersten Mal seit 1995 unter 10 %. Es handelt sich auch um die geringste Wachstumsrate seit dem Ende der Rezession im Jahre 1991, als die Ausrüstungsinvestitionen zum Vorjahr um 2 % fielen. Die erwartete Verlangsamung der Inlandsnachfrage in den nächsten Jahren bringt zwar auch ein Abflachen der Importtätigkeit mit sich, trotzdem wird der negative Außenbeitrag weiter zunehmen. Bedingt durch die robuste Verfassung des USD wird es dadurch auch weiterhin Exporteinbußen, vor allem bei der güterverarbeitenden Industrie, geben. Die Wirtschaft der USA profitiert von der Wechselkursstabilität, weil sie das weltweit wichtigste Zielland für ausländische Investitionen bleibt.

Die Arbeitslosenquote verringerte sich in den letzten fünf Jahren kontinuierlich. Während sie im Jahr 1996 noch 5,4 % ausmachte, erreichte sie im Jahr 2000 mit 4 % einen Tiefststand. Auf Grund der konjunkturellen Abschwächung nimmt die Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr wieder leicht zu. Ab dem nächsten Jahr wird der Arbeitsmarkt von der rascheren Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung zwar profitieren, die Arbeitslosenquote dürfte aber nicht unter 4 % sinken.

Mit dem rasanten Wirtschaftswachstum der letzten Jahre ging eine Inflationsrate von jährlich 2,5 % einher. Auf Grund von Sondereffekten beschleunigte sich die Inflation im vergangenen Jahr auf 3,4 % und erreichte somit einen Höchststand innerhalb des Betrachtungszeitraums. Die Inflation wird im Prognosezeitraum zwar zurückgehen, dieser Prozess dürfte aber nur langsam vorangehen. Von den hohen Energiekosten wird im Prognosezeitraum kaum Inflationsdruck ausgehen. Vielmehr dürften

sich zunehmende Lohnforderungen und geringere Investitionen, die eine Verlangsamung der Produktivitätssteigerung mit sich bringen werden, auf die Preisentwicklung auswirken. Daher ist in den nächsten Jahren mit einer jährlichen Inflation von knapp 3 % zu rechnen.

Japan

Nachdem die japanische Wirtschaft 1996 noch um 3.3 % gewachsen war, schlitterte sie im Jahr 1998 in eine Rezession. In den Jahren 1996 bis 2000 ergab sich somit ein durchschnittliches Wachstum von 1.3 %. Dem privaten Konsum und den Investitionen, die nur sehr langsam wuchsen, standen hohe Staatsausgaben gegenüber. Die schleppende Inlandsnachfrage dämpfte die Importe, wodurch sich der Außenbeitrag verbesserte. In den kommenden Jahren wird sich die wirtschaftliche Expansion nur wenig beschleunigen. Das Institut rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 1 ¼ % im Jahresdurchschnitt. Die Prognoseannahmen sind dabei, dass die Bank of Japan die Gegen-Null-Zinspolitik beibehält, der Yen nur leicht gegenüber dem USD verliert und die Staatsausgaben in einem geringeren Ausmaß als in den letzten fünf Jahren zunehmen. In den Jahren 1996 bis 2000 wurden elf Konjunkturbelebungsprogramme erlassen, die eine starke Zunahme der Staatsverschuldung zur Folge hatten.

Im Jahr 2000 profitierte auch die japanische Wirtschaft vom boomenden Welthandel. Im laufenden Jahr verschlechtert sich jedoch die Wirtschaftslage wieder und Exporte und Investitionen entwickeln sich wieder deutlich langsamer. Einerseits sinkt die Nachfrage aus den beiden wichtigsten Exportmärkten Japans, den USA und Asien, andererseits vermindert der Wertgewinn des Yen die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft. Wegen der schwachen Auslandsnachfrage und durch Verluste am Kapitalmarkt stagnieren die Anlageinvestitionen. Mit den verbesserten Exportaussichten dürfte sich in den nächsten Jahren auch das Vertrauen der Investoren in die japanische Wirtschaft wieder stärken. Es wird erwartet, dass sich dadurch das Wachstum der Anlageinvestitionen wieder beschleunigen wird. Mit der verbesserten Lage der Industrie dürfte auch die Kaufkraft der Konsumenten zunehmen. Der positive Außenbeitrag Japans dürfte im Prognosezeitraum um ein Drittel zunehmen.

Die Arbeitslosenquote stieg in den letzten fünf Jahren kontinuierlich an. Während sie im Jahr 1996 nur 3.4 % ausmachte, betrug sie im Jahr 2000 4.8 %. Im Prognosezeitraum wird die Arbeitslosenquote weiter ansteigen, da das prognostizierte Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die deflationäre Preistendenz der Jahre 1999 und 2000 wird heuer gestoppt. In den kommenden Jahren werden die Preise in Japan wieder leicht ansteigen.

Osteuropa

Eine mittelfristige Prognose der Wirtschaftsentwicklung der osteuropäischen Länder ist angesichts der möglichen künftigen Änderungen der Wirtschaftspolitik, der strukturellen Veränderungen der einzelnen

Volkswirtschaften sowie einer Vielzahl weiterer Faktoren mit mehr Unsicherheit als bei den meisten OECD-Ländern verbunden. Trotz der jüngsten Abschwächung der internationalen Konjunktur dürfte das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Ländern mittelfristig auf einem hohen Niveau bleiben. Die verstärkten Reformbestrebungen der EU-Beitrittskandidaten in den nächsten Jahren, forciert durch die Beitrittsverhandlungen mit der EU, die voraussichtliche Wiederherstellung der Transportinfrastruktur auf dem Balkan und die wirtschaftliche Erholung in Ländern mit erfolgreichen Restrukturierungsprogrammen werden das Wirtschaftswachstum unterstützen.

Steigende Exporte infolge des erwarteten EU-Beitritts der ersten Beitrittskandidaten und kräftige Direktinvestitionen, insbesondere in Ländern mit einem attraktiven Privatisierungsangebot, dürften sich positiv auf das BIP-Wachstum der osteuropäischen Länder auswirken.

Das Wachstum der **polnischen** Wirtschaft dürfte sich nach 5.2 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf 3 ¼ % zwischen 2001 und 2005 verringern. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die hohen Zinsen infolge der restriktiven Geldpolitik sowie die niedrige Unternehmensrentabilität dürften das Wachstum am Anfang der Prognoseperiode dämpfen. Das niedrige Importwachstum als Folge der schwächeren Inlandsnachfrage wird zur weiteren Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits beitragen.

Laut einer Prognose der Tschechischen Regierung sollte sich das Wachstum in **Tschechien** nach einer bescheidenen Entwicklung in den Jahren 1996 bis 2000 (0.4 %) allmählich auf 3 % bis 4 % beschleunigen. Mittelfristig dürfte damit das durchschnittliche Wachstum der tschechischen Wirtschaft 3 ½ % betragen. Am Anfang der Prognoseperiode wird das Wachstum von der Inlandsnachfrage getragen. Auf der Entstehungsseite werden Dienstleistungen und Industrieproduktion die wichtigsten Wachstumsmotoren sein.

Im Fünfjahres-Durchschnitt 1996 bis 2000 ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 4.3 % gewachsen, womit sie hinter Polen das zweithöchste Wachstum der Transformationsländer aufwies. Dies wurde durch ein Hinauszögern der strukturellen Reformen erkaufte. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 dürfte sich die geplante Restrukturierung der Industrie in einer Verlangsamung des BIP-Wachstums auf 3 ½ % niederschlagen.

Die wirtschaftliche Entwicklung **Ungarns** war in den letzten Jahren durch hohe Wachstumsraten gekennzeichnet. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das ungarische BIP um 4 % gewachsen. Die stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik sowie die seit dem Anfang der Wirtschaftsreformen hohen ausländischen Direktinvestitionen stellen eine gute Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum dar. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 könnte das ungarische Wirtschaftswachstum dementsprechend 4 ¾ % erreichen.

Für **Slowenien** erwartet das Institut für Makroökonomische Analysen in Ljubljana (IMAD) ein durchschnittliches Wachstum von 4 ¼ % für die Jahre 2001 bis 2005, womit sich der Wachstumstrend der letzten Jahre fortsetzt. Die wiederhergestellten Handelsbeziehungen mit den Ländern aus dem

ehemaligen Jugoslawien dürften die Exporte begünstigen und zusammen mit der hohen Entwicklungsdynamik der Infrastrukturinvestitionen zum kräftigen Wirtschaftswachstum beitragen.

Die Wirtschaftsentwicklung in **Rumänien** war zwischen 1997 und 1999 durch starke Rückgänge gekennzeichnet. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das rumänische BIP um 1.9 % zurückgegangen. Im Jahr 2000 wurde eine Trendumkehr erreicht. Die von der Regierung ausgearbeitete mittelfristige Entwicklungsstrategie sieht für die nächsten fünf Jahre ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 4 % vor, das vorwiegend von Exporten und Investitionen getragen sein wird. Eine Fortsetzung des von allen politischen Parteien unterstützten Reformprogramms gilt als Voraussetzung für die Erreichung dieser hohen Wachstumsraten in den nächsten Jahren.

Bulgarien hat in den letzten Jahren erfolgreich die makroökonomische Entwicklung stabilisiert. Nach einem BIP-Rückgang von 1.1 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre rechnet die bulgarische Regierung für den Zeitraum 2001 bis 2005 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 ½ %. Diese dynamische Entwicklung dürfte von der Industrieproduktion angetrieben werden. Das im Jahr 1997 eingeführte „Currency Board“ stellt einen Anker für die makroökonomische Stabilität des Landes dar.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 1.3 % verzeichnet. Nach der Trendumkehr im Jahr 1999 dürfte sich die Erholung der russischen Wirtschaft weiter fortsetzen. Jedoch wird das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2001 und 2005 mit 3 ¾ % moderat bleiben. Die strukturellen Probleme der russischen Wirtschaft und ein allmählicher Rückgang der Ölpreise können das Wachstum negativ beeinflussen. Andererseits dürften sich die Beschleunigung des Reformtempos und der erwartete Rückgang der Kapitalflucht positiv auf das BIP-Wachstum auswirken.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Prozent

	1996-2000	2001-2005
Welthandel, real	7.7	6¼
BIP, real		
Bundesrepublik Deutschland	1.7	1¾
Italien	1.9	2
Frankreich	2.6	2¼
Vereinigtes Königreich	2.8	2½
Schweiz	1.9	1½
Polen	5.2	3¼
Slowakei	4.3	3½
Tschechien	0.4	3½
Ungarn	4.0	4¾
Slowenien	4.3	4¼
Bulgarien	-1.1	4½
Rumänien	-1.9	4
Russland	1.3	3¾
USA	4.3	3¼
Japan	1.3	1¾
EU	2.6	2¼
OECD – Insgesamt	3.3	2¾
Österreichische Exportmärkte	9.0	6
ATS/USD Wechselkurs*)	12.6	14.5
Rohölpreise*)**)	20.2	25.0

Quelle: IMF, OECD, nationale Statistiken, eigene Schätzungen.

- *) absolute Werte
 **) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Nach einem Konjunkturboom im vergangenen Jahr wird sich der österreichische Außenhandel verlangsamen. Die Gründe dafür liegen in der Abschwächung der internationalen Nachfrage und in der Wechselkurs- und Preisentwicklung. Die Exportentwicklung wird daher in den nächsten Jahren moderater ausfallen als in den Jahren zuvor. Nachdem sich auch die Importe verlangsamen werden, ist mit einer Verbesserung der Leistungsbilanz zu rechnen.

Die **nominellen Exporte i. w. S. laut VGR** werden im Prognosezeitraum im Jahresdurchschnitt um 7.3 % ansteigen, nachdem sie in den Jahren 1996 bis 2000 um 8.9 % gewachsen sind. Die **nominellen Warenexporte** verzeichneten ein Wachstum von 10.6 %. Im Prognosezeitraum werden die Warenexporte um 7.7 % wachsen, während bei den sonstigen Dienstleistungen ein Wachstum von 7.3 % erwartet wird. Ein starker Wachstumsrückgang findet heuer in Ländern außerhalb des Euro-Raums statt, angeführt von den USA. Die österreichischen Exportzuwächse in diese Länder lagen im Jahr 2000 weit über 20 %. Nachdem die Konjunkturdelle in Nordamerika bald überwunden sein dürfte, wird mit einem Anziehen der österreichischen Exporttätigkeit nach Übersee gerechnet.

Die **nominellen Reiseverkehrsexporte** stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.9 %. Während sie in den Jahren 1996 und 1997 ein rückläufiges Wachstum aufwiesen, beschleunigt sich ihr Wachstum nun zunehmend. Im Prognosezeitraum dürften die Reiseverkehrsexporte daher um durchschnittlich 4.6 % wachsen. Die größte Steigerungsrate wurde in den letzten fünf Jahren bei den sonstigen Dienstleistungen erzielt. Sie stiegen im Jahresdurchschnitt um 11 %.

Die **realen Exporte i. w. S. laut VGR** wuchsen in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 7.9 %. Im Prognosezeitraum wird sich das durchschnittliche jährliche Wachstum auf 5.9 % abschwächen. Die **realen Warenexporte** werden dabei um 6.4 % zunehmen, nachdem sie in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 9.9 % gewachsen sind. Die sonstigen Dienstleistungen dürften im Prognosezeitraum mit 5.4 % langsamer wachsen als in der Vorperiode, als sie um 9.3 % zulegten. Das Wachstum der **realen Reiseverkehrsexporte** betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 0.3 %. Im Gegensatz zu den Warenexporten und den sonstigen Dienstleistungen werden die Reiseverkehrsexporte an Tempo gewinnen und um 2.7 % wachsen.

Die nominellen Importe stiegen, insbesondere im vergangenen Jahr, aufgrund der Entwicklung von Wechselkurs und Rohölpreis. Die **nominellen Importe i. w. S. laut VGR** wuchsen in den letzten fünf Jahren durchschnittlich um 8.7 %, während sie im Prognosezeitraum nur 6.5 % wachsen werden. Heuer und im nächsten Jahr dürfte sich das Wachstum verlangsamen und durchschnittlich 4.5 % betragen. Gründe für die erwartete Abschwächung sind Preiseffekte und die gedämpfte Inlandsnachfrage.

Die **nominellen Warenimporte** wuchsen in den vergangenen fünf Jahren um 9.1 %, ihr Wachstum wird sich im Prognosezeitraum auf 7.0 % abschwächen. Bei den **nominellen Reiseverkehrsimporten** wurde in

den vergangenen fünf Jahren ein Wachstum von 3.1 % verzeichnet, im Prognosezeitraum wird es sich auf 4.4 % beschleunigen.

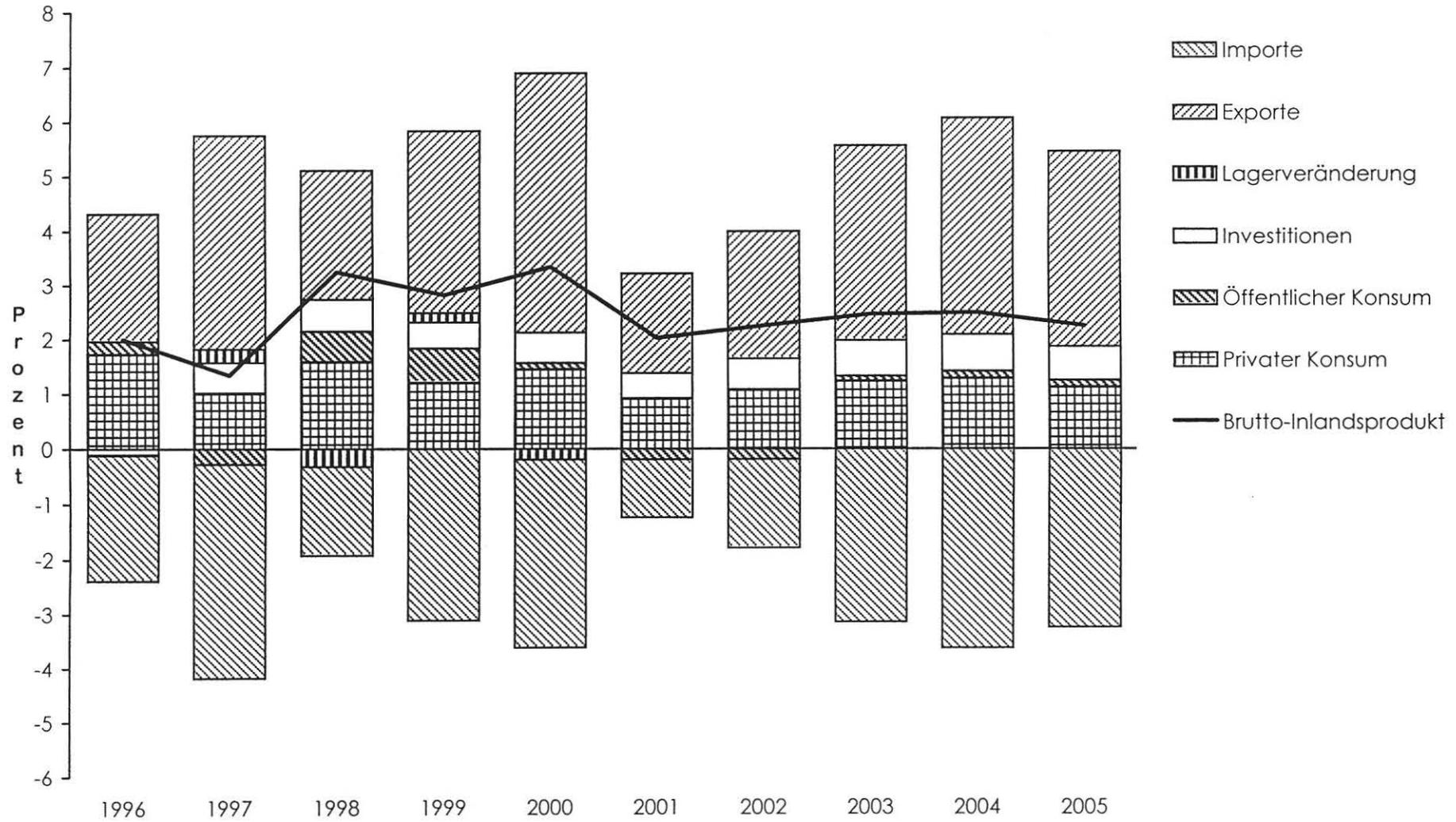
Im Einklang mit der Wirtschaftsentwicklung betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der **realen Importe i. w. S. laut VGR** in den vergangenen fünf Jahren 6.8 %. Im Prognosezeitraum wird es sich auf 5.1 % abschwächen. Die **realen Warenimporte** wuchsen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 7.3 %. Für heuer wird mit einer Wachstumsabschwächung auf 1.9 % gerechnet. Im gesamten Prognosezeitraum werden die realen Warenimporte wieder um 5.8 % zulegen. Nach Rückgängen in den Jahren 1998 und 1999 stiegen die **realen Reiseverkehrsimporte** im Zeitraum 1996 bis 2000 nur um 0.1 %. Im Prognosezeitraum werden die Reiseverkehrsimporte um durchschnittlich 2.3 % wachsen.

Die **Warenexportpreise** wuchsen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich nur 0.7 %, wobei sie im Jahr 1999 rückläufig waren. Im Prognosezeitraum werden Preissteigerungen von 1.2 % erwartet. Die hohen Rohölpreise und der schwache Euro trugen im vergangenen Jahr wesentlich zur Erhöhung der **Warenimportpreise** bei. Sie erhöhten sich um 5.6 %, nachdem sie in den Jahren 1998 und 1999 gesunken waren. Im Jahresdurchschnitt wuchsen sie in den vergangenen fünf Jahren um 1.7 %. Die Preisentwicklung wird sich im Prognosezeitraum auf 1.2 % verlangsamen. Nachdem sich die Terms of Trade in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 0.9 % verschlechterten, werden sie im Prognosezeitraum unverändert bleiben.

Die **Preise der Reiseverkehrsexporte** stiegen in den vergangenen fünf Jahren um 1.6 %; die Preissteigerungen werden im Prognosezeitraum um 1.9 % zunehmen. Bei den **Reiseverkehrsimporten** gab es Preissteigerungen von 3.0 %. In den nächsten Jahren dürfte die Teuerung kaum abnehmen und 2.9 % betragen.

Im Prognosezeitraum wird sich das Leistungsbilanzdefizit im Jahresdurchschnitt um 25.7 Mrd. ATS auf 47.8 Mrd. ATS verbessern. In den vergangenen fünf Jahren betrug es noch 73.5 Mrd. ATS. Der Saldo aus Güteraus- und -einfuhren wird sich dabei um 31.9 Mrd. ATS verbessern und 20.2 Mrd. ATS ausmachen. Aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen im österreichischen Tourismus wird die positive Reiseverkehrsbilanz um 7.8 Mrd. ATS zunehmen und 26.8 Mrd. ATS ausmachen. Das Leistungsbilanzdefizit in Prozent des BIP, das in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 2.8 % betrug, wird im Prognosezeitraum auf 1.5 % absinken.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Während der gesamten Prognoseperiode bildet der **Konsum** der privaten Haushalte eine starke Stütze der heimischen Nachfrage. Der reale private Konsum expandiert um durchschnittlich 2.1 % in den Jahren 2001 bis 2005 und liefert rund die Hälfte der Wachstumsbeiträge zum BIP.

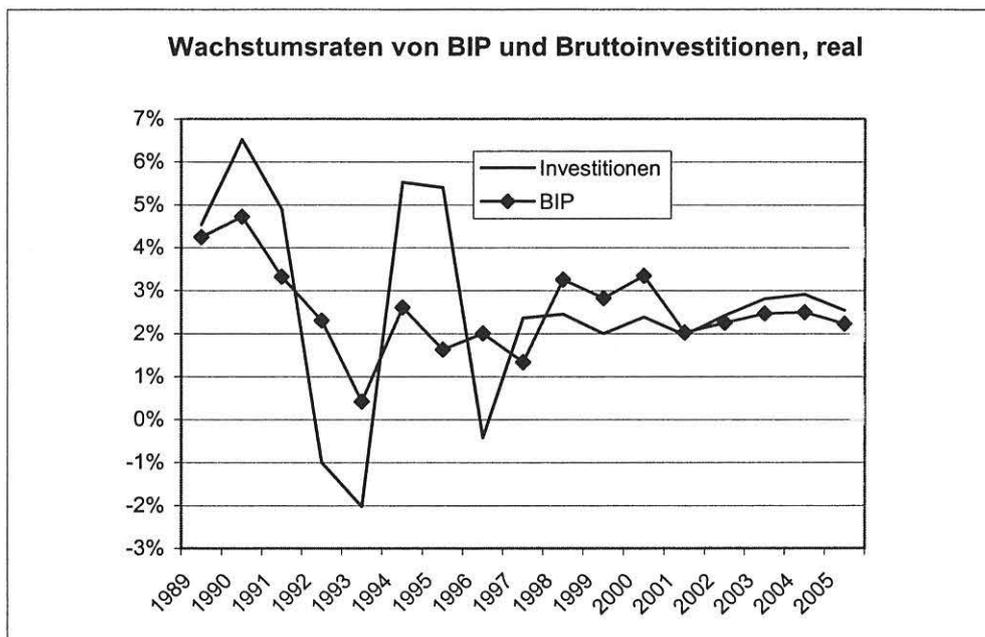
Das Nachfrageverhalten der privaten Haushalte wird im allgemeinen durch die Realeinkommensentwicklung bestimmt. Kurzfristige Einkommensschwankungen spiegeln sich nicht zur Gänze im privaten Konsum wider, sondern werden durch ein Anpassen der Sparquote ausgeglichen. Infolge der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind Informationen über verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und die Sparquote nur für einen sehr kurzen Zeitraum vorhanden (1995 bis 1999). Die gegenwärtige Datenlage erschwert eine genaue Prognose dieser Aggregate und das Prognosemodell Lima 2001 stützt sich auf eine Rückschätzung der verfügbaren Haushaltseinkommen.

Zu Beginn der Prognoseperiode beeinflussen das gedämpfte Wirtschaftswachstum, der starke Preisauftrieb bei wenig veränderten Lohneinkommen und die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung die Haushaltseinkommen negativ. Infolgedessen entwickeln sich die Wachstumsraten des privaten Konsums unterdurchschnittlich, aber teilweise werden die Einkommensverluste auch durch eine rückläufige Sparquote ausgeglichen. Ab 2003 ist mit dem Nachlassen der negativen Effekte auf die Einkommen eine Stärkung des privaten Konsums zu erwarten. Die Sparquote dürfte sich in dieser Periode stabilisieren, jedoch wird es zu keinem wesentlichen Aufbau der Sparguthaben kommen.

Der Rückgang beziehungsweise die Stabilisierung der Haushalts-Sparquote ist angesichts der Bemühungen zur Sanierung des Staatsbudgets plausibel. Auch in anderen Ländern konnte in vergleichbaren Episoden eine starke und nachhaltige Verringerung der Haushalts-Sparquote beobachtet werden, wobei die Reaktion oft weit über den direkten Effekt eines Ausgleichs einer schlechten Realeinkommensentwicklung durch Entsparen hinausgeht. Das Vertrauen darauf, dass es der als Ganzes betrachteten Volkswirtschaft nun leichter fallen wird, ihre Schulden zu bedienen, und die längerfristig optimistische Erwartung einer geringeren Steuerbelastung bedingen eine erhöhte Konsumnachfrage. Saldenmechanisch findet dieses Verhalten auch in der volkswirtschaftlichen Spar-Identität seinen Niederschlag, in welcher (vereinfacht) den Investitionen vier Finanzierungsquellen gegenüberstehen: das Sparen der Haushalte, die einbehaltenen Gewinne, der Budgetüberschuss der öffentlichen Hand und das Leistungsbilanzdefizit. Entsprechend wird ein verringertes Defizit des Staatsbudgets durch die Anpassung der anderen Positionen ausgeglichen, wobei dem Sparen der Haushalte ein großes Gewicht zukommt.

Die **realen Bruttoinvestitionen** insgesamt sind das im Konjunkturverlauf am stärksten schwankende Teilaggregat der Nachfrageseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Abbildung zeigt die

Wachstumsraten der realen Bruttoinvestitionen und des realen Bruttoinlandsproduktes ab dem Jahr 1989 bis zum Ende des Prognosezeitraumes. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass die Wachstumsraten der Investitionen in den konjunkturell guten Perioden der frühen 90er Jahre die Wachstumsraten des BIP weitaus stärker übertrafen als gegen Ende der 90er Jahre. In den Hochkonjunkturjahren 1998 und 2000 blieb die Wachstumsrate der Investitionen sogar hinter jener des Bruttoinlandsproduktes zurück. Die Institutsprognose geht davon aus, dass sich der Trend eines stabilen Investitionswachstums fortsetzt und errechnet für den Prognosezeitraum eine durchschnittliche Wachstumsrate der realen Bruttoinvestitionen von 2,5 %.



Die wesentlichen Bestimmungsgründe für das Investitionsverhalten sind die Erwartungen bezüglich der Profitabilität der geplanten Investitionen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Als Indikator für die zu erwartenden Gewinne können die Bruttobetriebsüberschüsse herangezogen werden. Die Bruttobetriebsüberschüsse werden sich bis zum Jahr 2002 schwach entwickeln und in den darauffolgenden Jahren in der Regel unter 3 % liegen.



Das höchste Wachstum der **realen Ausrüstungsinvestitionen** dürfte bereits im Jahr 2000 mit 6 % erreicht worden sein; im heurigen Jahr wird nur noch ein halb so starkes Wachstum realisiert werden. Da die momentane Konjunkturabschwächung als vorübergehend eingestuft wird, geht das Institut davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2002 bis 2004 noch mit rund 4 % wachsen werden. Über den gesamten Prognosezeitraum ergibt dies ein durchschnittliches Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von 3,8 %. Gemessen am Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre wachsen die Ausrüstungsinvestitionen somit deutlich schwächer. Zum Teil kann dies im Zusammenhang damit gesehen werden, dass der Einsatz neuer Technologien in der Regel auch den Einsatz entsprechend hoch qualifizierter Beschäftigter verlangt. Schwierigkeiten bei der Besetzung qualifizierter Arbeitsplätze können daher die Aufrüstung mit neuer Produktionstechnologie verzögern.

Die Prognose ergibt ein durchschnittliches Wachstum der **realen Bauinvestitionen** von 1,5 %. Dieser Prognose liegt die Erwartung zu Grunde, dass weder vom Wohnungsbau noch von der öffentlichen Hand starke Nachfrageimpulse ausgehen werden. Die Bauinvestitionen wachsen damit wieder stärker als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre, die in noch stärkerem Ausmaß durch Konsolidierungsbemühungen gekennzeichnet waren. Eine ähnlich schwache Entwicklung verzeichnet der Bausektor auch in anderen westeuropäischen Ländern, sodass auch aus dem Ausland keine spürbare Belebung der Bautätigkeit zu erwarten ist.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum durch den in der laufenden Legislaturperiode eingeschlagenen Konsolidierungskurs bestimmt. Es kann derzeit, immer vorausgesetzt, dass sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen nicht wider Erwarten weiter massiv verschlechtern, davon ausgegangen werden, dass die fiskalpolitische Zielsetzung der Bundesregierung, im Jahr 2002 die Neuverschuldung des Gesamtstaates auf Null zu bringen, realisiert wird. Dies wird aber, nicht zuletzt angesichts der sich abschwächenden Konjunktur, wohl nur bei striktester fiskalischer Disziplin

sämtlicher Gebietskörperschaften möglich sein. Dementsprechend wird die Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte verhalten bleiben müssen; der öffentliche Konsum wird, über den gesamten Prognosezeitraum hinweg betrachtet, real praktisch stagnieren.

Der von der Bundesregierung beschlossene Konsolidierungskurs, verbunden mit einer Rückführung des Defizits auf 0.75 % im Jahr 2001 und einem ausgeglichenen Haushalt in den Folgejahren, sollte unbedingt beibehalten werden. Österreich betätigt sich damit keineswegs als überambitionierter finanzpolitischer Vorreiter, sondern hat lediglich angesichts der sich aus der offensichtlich zu laxen Politik der Vorjahre ergebenden Gefahr, den Anschluss zu verlieren, eine längst überfällige Wende nachvollzogen und wird gegen Ende der laufenden Legislaturperiode zum westeuropäischen Mittelfeld aufschließen. Im Jahr 2000 verzeichnete der gesamte Euro-Raum bereits einen Budgetüberschuss; in einigen Mitgliedstaaten werden Budgetüberschüsse bis an die 5-Prozent-Marke erzielt.

Den derzeit eng gesetzten Grenzen für die österreichische Fiskalpolitik sollte auch bei der nunmehr in Gang gekommenen Diskussion um eine gegen Ende der laufenden Legislaturperiode anzusetzende Steuerreform Rechnung getragen werden. Es wäre ausgesprochen kontraproduktiv und nicht Ausdruck einer auf Nachhaltigkeit bedachten Budgetpolitik, würde die Bundesregierung denselben Fehler wie ihre Vorgängerin begehen und der Versuchung eines politischen Konjunkturzyklus nachgeben. Steuerliche Entlastungen sollten also nur vorgenommen werden, soweit sie auch finanzierbar sind, damit der neue fiskalpolitische Kurs auch glaubwürdig bleibt. Im Interesse dieser Glaubwürdigkeit wird daher insbesondere dringend davon abgeraten, das kurzfristige (und obendrein leicht durchschaubare) politische Manöver der vorigen Bundesregierung zu wiederholen, rechtzeitig vor der nächsten Nationalratswahl ein unfinanziertes „Wahlzuckerl“ zu beschließen und sich mit einem Budgetprovisorium über die Wahl zu retten.

Dennoch sollte unter rigoroser Beachtung des eingeschlagenen Stabilitätskurses mittelfristig an der Schaffung von Spielräumen gearbeitet werden, die eine Verringerung der Abgabenbelastung ermöglichen. Die Beschleunigung des Konsolidierungskurses musste jedoch nicht zuletzt mit einem gegenüber den ursprünglichen Plänen verstärkten Zugriff auf der Einnahmenseite erkauft werden. Die für die Budgets 2000 und 2001 beschlossenen steuerlichen Maßnahmen der neuen Bundesregierung (dem Umfang nach knapp 40 Mrd. ATS) erhöhen die Abgabenquote 2001 um etwa 1.4 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Abgabenquote wird sich damit der 45-Prozent-Marke annähern.

Mittelfristig wird die Budgetpolitik daher um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine umfassende Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten und damit Einsparungspotenziale und Spielräume für eine Steuersenkung eröffnen. Die im Vergleich zum privaten Sektor beobachteten chronischen Effizienzdefizite des öffentlichen Sektors werden zum Teil schlicht durch mangelnde Transparenz und unzureichende Anreize verursacht. Künftige Reformen, bis hinein in das öffentliche Rechnungswesen und das öffentliche Dienstrecht, müssen auf die Beseitigung dieser Defizite abzielen. Die derzeit unter dem Titel „Verwaltungsreform“ unmittelbar ins Auge gefassten Maßnahmen können nur ein erster Schritt sein.

Hier ist aber auch die gegenwärtig nicht wirklich befriedigende Regelung des Finanzausgleichs angesprochen. Einer in weiten Bereichen dezentralen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung steht in der gegenwärtigen österreichischen Finanzverfassung eine sehr zentralistische Einnahmenstruktur gegenüber; die politische Verantwortung für die Steuerpolitik einerseits und für die Ausgabenentscheidungen andererseits fällt damit auseinander. Dies ist keine gute Voraussetzung für einen effizienten und sparsamen Mitteleinsatz. Mittelfristig sollte sich eine Reform des Finanzausgleichs daher an der Überlegung orientieren, die Länder stärker mit einer eigenen Steuerbasis auszustatten und Kostenübernahmen des Bundes abzubauen. Ziel einer derartigen Reform wäre, die fiskalische Verantwortung aller öffentlichen Haushalte für die von ihnen erbrachten Leistungen klarzustellen und damit bessere Anreize für eine sparsame Mittelverwendung zu schaffen.

Schließlich sind diverse Ausgabenprogramme auch aus sozialpolitischer Hinsicht zu hinterfragen, muss die Frage nach ihrer sozialen Treffsicherheit weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Reformen in diesem Bereich, die dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit stärker gerecht werden, könnten in nicht unerheblichem Umfang Mittel freisetzen, die zu einer Senkung der Lohnnebenkosten herangezogen werden könnten.

Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Vorderhand haben die beiden von der Bundesregierung eingesetzten Pensionsreformkommissionen ihre erste Aufgabe erfüllt, kurzfristig Maßnahmen zu erarbeiten, welche das von der Bundesregierung vorgegebene Ziel realisieren, bis zum Jahr 2003 15 Mrd. ATS einzusparen. Längerfristig freilich müssten die bereits in Aussicht genommenen tiefgehenden Strukturreformen in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen beziehungsweise darauf, die davon abweichenden, „versicherungsfremden“ Leistungen — wo immer Gerechtigkeits- und Umverteilungsüberlegungen solche erforderlich erscheinen lassen — im Wege einer Sonderfinanzierung zu erbringen. Das Institut plädiert in diesem Zusammenhang für die — schon im Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehene — Einführung persönlicher Pensionskonten im Rahmen eines beitragsdefinierten Umlageverfahrens. Die individuellen Pensionskonten stellen den streng nach dem Versicherungsprinzip konzipierten Kern der Altersversorgung dar, welcher nach wie vor nach dem Umlageverfahren finanziert werden soll. Als Ergänzung bietet sich an, zusätzlich eine nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisierte Säule (wo auch private Anbieter zugelassen werden könnten) aufzubauen.

Die **Lohnprognose** geht davon aus, dass die Lohnverhandlungen den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern auch in Zukunft folgen. Es wird angenommen, dass die Lohnpolitik weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet wird und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs sichert. Die gesamtwirtschaftlichen Zuwächse der Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten werden im Durchschnitt des Prognosezeitraums nominell 3.1 % betragen und damit einen Prozentpunkt über dem durchschnittlichen Zuwachs der vergangenen fünf Jahre liegen.

Traditionellerweise resultierte die mittelfristige Orientierung der Lohn- und Einkommenspolitik in Österreich in einer parallelen Entwicklung von Reallöhnen und Arbeitsproduktivität. Die zweite Hälfte der 90er Jahre war aber durch ein deutliches Zurückbleiben der Reallöhne hinter dem

Produktivitätswachstum gekennzeichnet. Die Lohnprognose unterstellt, dass sich die Lohnpolitik im Prognosezeitraum wiederum an der Relation von Reallohn zu Arbeitsproduktivität orientiert und nicht versucht, die akkumulierte Reallohnlücke zu schließen, was die Beschäftigungsnachfrage nachhaltig dämpfen würde. In durchschnittlicher Betrachtung bleibt die Reallohnentwicklung nur mehr um einen viertel Prozentpunkt hinter der Arbeitsproduktivität zurück, wozu auch die fallende Arbeitslosigkeit beiträgt.

Im Zeitraum 1996 bis 2000 war der Inflationsdruck sehr gering und der Anstieg der **Verbraucherpreise** belief sich auf durchschnittlich 1.4 %. Nach dem historischen Tiefstand im Jahr 1999 belebte sich der Preisauftrieb im Jahr 2000 kräftig. In Einklang mit der internationalen Entwicklung war dafür vor allem der starke Anstieg der Energiepreise verantwortlich; zusätzlich hat noch die Erhöhung der indirekten Steuern und Gebühren zum deutlichen Preisauftrieb beigetragen. In der ersten Jahreshälfte 2001 sind die Verbraucherpreise um knapp 3 % gestiegen. Neben der deutlichen Beschleunigung der Kerninflation waren die weiterhin hohen Energiepreise sowie die aufgrund der BSE-Krise gestiegenen Nahrungsmittel für den Preisauftrieb primär verantwortlich. In der zweiten Jahreshälfte ist mit einem spürbaren Rückgang der Inflation zu rechnen, sodass die Inflation im Jahresschnitt 2001 2 ½ % betragen wird. Im restlichen Prognosezeitraum wird sich die Inflation auf rund 1 ½ % belaufen. Die Prognose geht davon aus, dass von Seiten der Rohstoff- und Energiepreise kein zusätzlicher Inflationsdruck mehr entsteht. Weiters wird angenommen, dass sich der Euro leicht erholt und die Geldpolitik der EZB weiterhin auf Preisstabilität ausgerichtet bleibt. Der internationale Wettbewerbsdruck, weitere Deregulierungen, etwa im Energiesektor, und die verhaltene Entwicklung der Lohnstückkosten sollten den Preisauftrieb in Österreich dämpfen.

Nach der äußerst günstigen Entwicklung am **Arbeitsmarkt** im Jahr 2000 zeichnet diese Vorschau auch für die nächsten fünf Jahre ein erfreuliches Bild. Die konjunkturelle Entwicklung schlägt sich in steigender Arbeitskräftenachfrage und fallender Arbeitslosigkeit nieder. Die Nachfrage nach Aktiv-Beschäftigten (ohne Kinder- bzw. KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) wird bis 2005 um 90.000 Personen zunehmen. Der durchschnittliche Anstieg der Beschäftigung liegt damit bei 0.6 % und entspricht dem Wert in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Die vorliegende Vorschau unterstellt, dass es weiterhin gelingt, die Stille Reserve, insbesondere bei den Frauen, zu mobilisieren. Es wird auch davon ausgegangen, dass die günstige Situation bei der Beschäftigungsnachfrage die Integration von älteren Personen in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Der österreichische Arbeitsmarkt lässt sich traditionellerweise, neben der hohen Reallohnelastizität, auch durch die hohe zyklische Sensitivität des Arbeitskräfteangebots auf den Konjunkturzyklus charakterisieren. Schwankungen in der Beschäftigungsnachfrage werden zum Großteil durch prozyklische Änderungen im Arbeitsangebot kompensiert. Eine Ursache der hohen Angebotselastizität stellt sicherlich der zyklische Charakter der Arbeitskräftemigration dar. Aber auch an den Rändern der Altersverteilung und bei den Frauen reagiert das Arbeitsangebot relativ stark auf veränderte Beschäftigungschancen. Folglich schlägt sich der Anstieg der Beschäftigungsnachfrage nur teilweise in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder.

Laut Modellprognose wird – abgesehen vom Jahr 2001 – im gesamten Prognosezeitraum die Arbeitslosigkeit rückläufig sein. Bis zum Jahr 2005 sollte die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 37.500 Personen zurückgehen. Diese positive Entwicklung wird einerseits durch die relativ kräftige Arbeitskräftenachfrage und den aufgrund der demographischen Situation nur verhaltenen Anstieg des Arbeitskräfteangebots ermöglicht. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bis zum Ende des Prognosezeitraums ungekürzt aufrecht erhalten werden.

Ausgehend von einer Arbeitslosenrate (nach nationaler Definition) von 5.8 % im Jahr 2000 reduziert sich die Arbeitslosigkeit nach der Stagnation im heurigen Jahr bis zum Ende der Prognoseperiode stetig und erreicht im Jahr 2005 mit 4.6 % ihr Minimum. Ausgehend von einem niedrigeren Niveau von 3.7 % wird sich die Arbeitslosenrate laut Eurostat-Definition etwas weniger stark abschwächen und sich zu Ende des Prognosezeitraums auf 3.1 % belaufen.

Trotz dieser relativ positiven Arbeitsmarktentwicklung bestehen weiterhin bedeutsame Anforderungen an die Arbeitsmarktpolitik. Die demographische Entwicklung impliziert, dass nur durch eine verstärkte Integration der älteren Arbeitnehmer die Nachfrage nach Beschäftigten abgedeckt werden kann. Auch setzt der Abbau der Arbeitslosigkeit voraus, dass den Arbeitslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen, Möglichkeiten zur Beseitigung ihrer beruflichen Qualifikationsdefizite geboten werden. Erforderlich sind aber auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der Partizipationsquote der Frauen abstellen. Zusätzliche Anstrengungen im Bereich des Aus- und Weiterbildungssystems sind notwendig, um den sich bereits abzeichnenden Mangel im Bereich der höherqualifizierten Arbeitskräfte gegenzusteuern. Der Strukturwandel und die zunehmenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitsmarktes lassen die Entwicklung von Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens angeraten erscheinen. Weitere Aktivitäten zur Erleichterung, Beschleunigung, aber auch sozialverträglichen Gestaltung von Reallokationsprozessen am Arbeitsmarkt sind wünschenswert.

5. Monetäre Prognose

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren ist der Beginn des Prognosezeitraumes von einer ausgeprägten konjunkturellen Schwäche in Verbindung mit weit über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegenden Inflationsraten gekennzeichnet. Eine solche Ausgangssituation mag dazu angetan sein zu suggerieren, dass sich die geldpolitischen Instanzen des Euro-Raumes in einer Position zwischen Szylla und Charybdis bewegen.

Während die Abschwächung der Konjunktur eine expansivere Geldpolitik in der Eurozone angeraten sein zu lassen scheint, spricht die doppelte Zielverfehlung der europäischen Geldpolitik gegen niedrigere Zinsen. Solange die durchschnittliche Inflationsrate im Euro-Raum hartnäckig über dem von der Europäischen Zentralbank selbst gesteckten Ziel von 2 % verharrt und gleichzeitig die Geldmenge trotz schwächerer Konjunktorentwicklung weiterhin mit Raten oberhalb von 4.5 % expandiert, würden Zinssenkungen die im wesentlichen von der Deutschen Bundesbank und anderen Notenbanken früherer Hartwährungsländer (u.a. Österreich, die Niederlande) ohnehin lediglich geborgte Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank zu unterminieren geeignet sein.

Der vielzitierte Hinweis, dass der gegenwärtig zu beobachtende Preisauftrieb in der Eurozone auf exogene Schocks wie die Preisexplosion für Rohöl und die Erhöhung der Fleischpreise infolge der BSE- und MKS-Krise zurückzuführen sei, Zinssenkungen also durchaus angebracht sein könnten, greift als rein mechanistischer Erklärungsansatz zu kurz. Vielmehr ist zu erhellen, welche Änderungen im Vergleich zu den Vorjahren eingetreten sind, sodass Preiserhöhungen bei *einzelnen* Preisen nicht mehr durch Preissenkungen bei anderen Preisen kompensiert werden, es mithin also zu einer Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus gekommen ist. Eine solche Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus, sei es infolge von Überwälzungen exogener, auf die Preise wirkender Schocks, sei es infolge anderer Ursachen (etwa antizipatorisch vorgenommener Erhöhungen von Preisen in nationalen Währungseinheiten zur Erreichung attraktiver Nennbeträge nach Einführung des Euro-Bargeldes), sind nur dann möglich, wenn die Geldausstattung der europäischen Volkswirtschaften eine insgesamt zu großzügige war, die Geldmengenexpansionsraten in der Vergangenheit bei gegebenem Wirtschaftswachstum also zu hoch lagen.

Preisdämpfend weil wettbewerbsintensivierend wirkende Sondereffekte wie die Ostöffnung und die Einführung des Euro mögen in den letzten Jahren dazu beigetragen haben, diesen Zusammenhang zu verschleiern. Nachdem die betreffenden Faktoren überwiegend nicht mehr inkrementell wirksam sind, m.a.W. die Integrationseffekte zu einem erheblichen Teil bereits realisiert sind, erweist sich die Behauptung, dass „das Gespenst der Inflation tot“ sei, als Trugschluss.

Vor diesem Hintergrund ist wie schon in der Vergangenheit dem Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Inflationsentwicklung die ihm gebührende Aufmerksamkeit zu schenken, zumal gerade in einem großen Währungsraum wie der Eurozone der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ein engerer sein könnte als auf nationaler Ebene. Es folgt des weiteren, dass für

Zinssenkungen in Antizipation eines sich in Zukunft abschwächenden Preisauftriebes, wie nach Maßgabe der gegenständlichen Prognose zu erwarten, kein Spielraum besteht, sich ein solcher vielmehr erst dann ergibt, wenn die Expansion der Geldmenge konjunkturkonform verläuft. Anderenfalls würden – bei einem minimalen konjunkturstützenden Effekt – die Voraussetzungen für die nächste Preisauftriebswelle geschaffen.

Geringere Geldmengenwachstumsraten würden, wie mit dem fundamentalen IHS/RZB-Wechselkursmodell durchgeführte Analysen zeigen, zudem zu einer Stärkung des Euro-Außenwertes beitragen. Unterstützung für den EUR/USD-Wechselkurs ist während des Prognosehorizontes darüber hinaus vom Auslaufen von Umschichtungen in der Bargeldhaltung zugunsten des US-Dollars insbesondere außerhalb der Eurozone im Vorfeld der Euro-Bargeldeinführung zu erwarten. Unter dem Gesichtspunkt der Stärkung des äußeren Wertes des Euro ist aber nach wie vor die nachhaltige Überwindung der europäischen Wachstumsschwäche von zentraler Bedeutung. So gesehen meint Wechselkurspolitik auch weiterhin eher Strukturpolitik denn Geldpolitik.

Im Vergleich zum letzten Fünfjahreszeitraum ist eine bemerkenswerte Verflachung der Zinsstrukturkurve festzustellen. Dies ist überwiegend auf die im Prognosezeitraum höheren kurzfristigen Zinsen zurückzuführen, aber auch die langfristigen Zinsen liegen gut einen halben Prozentpunkt unter dem Niveau des vorangegangenen Fünfjahreszeitraumes. Die kurzfristigen Zinsen werden in den kommenden Jahren stabilitätskonform um einen dreiviertel Prozentpunkt über dem Niveau der vergleichbaren Vorperiode erwartet. Zugleich werden damit die Kapitalmarktteilnehmer in ihren Erwartungen bestärkt, dass die europäische Geldpolitik die durchschnittliche Inflationsrate während des Prognosezeitraumes wieder unter die Zwei-Prozent-Marke zu drücken vermag. Am langen Ende des Kapitalmarktes zinssenkend wirken darüber hinaus die Konsolidierungsanstrengungen im Bereich der öffentlichen Haushalte. Das Institut schätzt den inzwischen erreichten, renditesenkenden Effekt der restriktiven Fiskalpolitik bei Euro-Benchmark-Anleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit auf rund 0.5 Prozentpunkte.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL	2418,176 2,0%	2450,449 1,3%	2530,151 3,3%	2601,557 2,8%	2688,553 3,3%	2743,087 2,0%	2804,874 2,3%	2874,022 2,5%	2945,662 2,5%	3011,985 2,3%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2948,273 4,0%	3066,675 4,0%	3188,660 4,0%	3314,760 4,0%	3434,149 3,6%
PGDP	DEFLATOR DES BIP	101,314 1,3%	102,572 1,2%	103,340 0,7%	104,247 0,9%	105,456 1,2%	107,480 1,9%	109,334 1,7%	110,948 1,5%	112,530 1,4%	114,016 1,3%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX	130,750 1,9%	132,511 1,3%	133,732 0,9%	134,484 0,6%	137,624 2,3%	141,065 2,5%	143,604 1,8%	145,901 1,6%	148,236 1,6%	150,311 1,4%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	438,333 1,6%	443,138 1,1%	456,098 2,9%	467,195 2,4%	478,841 2,5%	494,164 3,2%	511,459 3,5%	526,292 2,9%	542,607 3,1%	558,885 3,0%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3075,491 0,4%	3090,868 0,5%	3111,886 0,7%	3136,470 0,8%	3153,093 0,5%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	5,818 -0,020	5,552 -0,267	5,294 -0,258	4,865 -0,429	4,613 -0,252
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-57,515 4,267	-79,230 -21,715	-64,462 14,768	-85,437 -20,975	-80,871 4,566	-67,951 12,920	-51,558 16,392	-44,500 7,058	-40,565 3,935	-34,307 6,259

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Var1	PRIVATER KONSUM	1,730	1,017	1,596	1,212	1,457	0,921	1,080	1,239	1,290	1,128
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT	0,063	-0,245	0,058	0,086	0,069	0,046	0,046	0,046	0,052	0,046
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM	0,241	-0,280	0,559	0,631	0,115	-0,192	-0,186	0,090	0,124	0,122
Var4	INVESTITIONEN	-0,103	0,561	0,587	0,474	0,562	0,460	0,565	0,656	0,683	0,621
Var5	AUSRUESTUNGEN	0,467	0,507	0,507	0,454	0,610	0,332	0,420	0,437	0,434	0,388
Var6	BAUTEN	0,040	-0,284	0,123	0,285	0,172	0,128	0,127	0,219	0,249	0,211
Var7	STATISTISCHE DIFFERENZ	-0,017	0,247	-0,320	0,174	-0,193	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Var8	EXPORTE I.W.S.	2,353	3,939	2,378	3,360	4,765	1,843	2,354	3,591	3,984	3,594
Var9	WAREN	1,114	4,096	2,364	2,378	3,948	1,242	1,787	2,881	3,188	2,850
Var10	DIENSTLEISTUNGEN	0,524	0,300	0,746	0,141	0,889	0,481	0,445	0,508	0,569	0,548
Var11	IMPORTE I.W.S.	-2,266	-3,905	-1,604	-3,116	-3,431	-1,050	-1,606	-3,157	-3,640	-3,260
Var12	WAREN	-1,199	-2,723	-2,282	-2,263	-2,464	-0,647	-1,224	-2,702	-3,010	-2,759
Var13	DIENSTLEISTUNGEN	-0,644	-0,149	-0,090	0,115	-0,524	-0,229	-0,209	-0,222	-0,306	-0,211
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT	2,002	1,335	3,253	2,822	3,344	2,028	2,252	2,465	2,493	2,252

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Var1	INVESTITIONSQUOTE	23,733	23,974	23,787	23,596	23,376	23,363	23,401	23,478	23,574	23,662
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,578	0,241	-0,187	-0,191	-0,219	-0,014	0,038	0,078	0,095	0,088
UREU	ARBEITSLOSENRATE EU DEF.	4,4	4,4	4,5	4,0	3,7	3,8	3,6	3,5	3,3	3,1
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,5	0,0	0,1	-0,5	-0,3	0,1	-0,2	-0,1	-0,2	-0,2
Var4	REALZINSSATZ	5,006	4,439	3,911	3,823	4,220	3,121	3,255	3,374	3,374	3,180
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,369	-0,567	-0,527	-0,088	0,397	-1,099	0,135	0,119	0,000	-0,194
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO	429,934	428,152	438,631	445,922	448,701	452,206	460,210	466,099	472,980	480,443
	JE AKTIV BESCH.	-0,4%	-0,4%	2,4%	1,7%	0,6%	0,8%	1,8%	1,3%	1,5%	1,6%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITAET	81,813	82,548	84,386	85,703	87,733	89,192	90,747	92,356	93,916	95,525
	JE AKTIV BESCH.	2,6%	0,9%	2,2%	1,6%	2,4%	1,7%	1,7%	1,8%	1,7%	1,7%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR	3,8	1,7	2,3	2,1	1,1	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	IN PROZENT DES BIP	-1,3	-2,1	0,6	-0,2	-1,0	-0,4	-0,7	0,0	0,0	0,0
	ABSOLUTE DIFFERENZEN										0,0

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
C\$	PRIVATER KONSUM	1349,755 5,2%	1395,677 3,4%	1442,831 3,4%	1485,892 3,0%	1553,945 4,6%	1618,291 4,1%	1678,718 3,7%	1744,805 3,9%	1815,267 4,0%	1879,336 3,5%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	50,811 4,9%	45,248 -10,9%	47,329 4,6%	49,652 4,9%	52,371 5,5%	54,915 4,9%	57,301 4,3%	59,908 4,6%	62,818 4,9%	65,676 4,6%
CP\$	OEFFENTLICHER KONSUM	497,198 2,6%	494,515 -0,5%	513,364 3,8%	538,216 4,8%	550,579 2,3%	553,794 0,6%	555,932 0,4%	566,534 1,9%	577,916 2,0%	589,527 2,0%
IF\$	BRUTTO INVESTITIONEN	580,653 0,7%	607,758 4,7%	631,711 3,9%	651,311 3,1%	677,728 4,1%	700,654 3,4%	725,945 3,6%	756,136 4,2%	789,078 4,4%	818,674 3,8%
IFE\$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	225,795 4,7%	238,595 5,7%	252,584 5,9%	264,592 4,8%	280,231 5,9%	290,066 3,5%	302,875 4,4%	317,185 4,7%	332,511 4,8%	345,275 3,8%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	345,402 2,6%	351,225 1,7%	362,514 3,2%	377,418 4,1%	393,321 4,2%	405,993 3,2%	417,434 2,8%	433,203 3,8%	450,704 4,0%	466,617 3,5%
DIF\$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,096 1,458	9,117 10,213	-4,955 -14,071	0,253 5,207	15,669 15,416	25,070 9,401	31,338 6,268	32,278 0,940	33,246 0,968	34,244 0,997
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	2477,322 3,7%	2552,315 3,0%	2630,280 3,1%	2725,324 3,6%	2850,292 4,6%	2952,724 3,6%	3049,233 3,3%	3159,661 3,6%	3278,325 3,8%	3387,455 3,3%
X\$	EXPORTE I.W.S.	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1137,711 5,9%	1222,765 7,5%	1380,997 12,9%	1454,288 5,3%	1541,564 6,0%	1671,772 8,4%	1818,389 8,8%	1960,274 7,8%
M\$	IMPORTE I.W.S.	997,302 8,1%	1113,094 11,6%	1153,330 3,6%	1236,055 7,2%	1396,051 12,9%	1458,739 4,5%	1524,122 4,5%	1642,773 7,8%	1781,955 8,5%	1913,581 7,4%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2948,273 4,0%	3066,675 4,0%	3188,660 4,0%	3314,760 4,0%	3434,149 3,6%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD.S ZU PREISEN VON 1995)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
C	PRIVATER KONSUM	1323,892 3,2%	1348,479 1,9%	1387,577 2,9%	1418,237 2,2%	1456,135 2,7%	1480,889 1,7%	1510,507 2,0%	1545,249 2,3%	1582,335 2,4%	1615,564 2,1%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	49,938 3,1%	44,004 -11,9%	45,414 3,2%	47,598 4,8%	49,400 3,8%	50,635 2,5%	51,901 2,5%	53,199 2,5%	54,688 2,8%	56,055 2,5%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	490,315 1,2%	483,556 -1,4%	497,243 2,8%	513,211 3,2%	516,202 0,6%	511,040 -1,0%	505,930 -1,0%	508,459 0,5%	512,019 0,7%	515,603 0,7%
IF	BRUTTO INVESTITIONEN	573,908 -0,4%	587,469 2,4%	601,852 2,4%	613,856 2,0%	628,490 2,4%	640,866 2,0%	656,364 2,4%	674,774 2,8%	694,403 2,9%	712,700 2,6%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	226,812 5,1%	239,073 5,4%	251,508 5,2%	262,992 4,6%	278,860 6,0%	287,783 3,2%	299,295 4,0%	311,566 4,1%	324,028 4,0%	335,460 3,5%
IFC	BAUINVESTITIONEN	337,433 0,3%	330,568 -2,0%	333,592 0,9%	340,807 2,2%	345,280 1,3%	348,733 1,0%	352,220 1,0%	358,358 1,7%	365,525 2,0%	371,739 1,7%
DIF	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-2,958 -0,404	3,025 5,982	-4,828 -7,853	-0,428 4,400	-5,455 -5,027	-5,455 0,000	-5,455 0,000	-5,455 0,000	-5,455 0,000	-5,455 0,000
VD	INLANDSNACHFRAGE	2435,095 1,9%	2466,533 1,3%	2527,258 2,5%	2592,474 2,6%	2644,772 2,0%	2677,975 1,3%	2719,247 1,5%	2776,225 2,1%	2837,990 2,2%	2894,466 2,0%
X	EXPORTE I.W.S.	959,533 6,2%	1054,788 9,9%	1113,065 5,5%	1198,086 7,6%	1322,051 10,3%	1371,599 3,7%	1436,180 4,7%	1536,908 7,0%	1651,396 7,4%	1757,266 6,4%
M	IMPORTE I.W.S.	976,452 5,8%	1070,871 9,7%	1110,172 3,7%	1189,004 7,1%	1278,270 7,5%	1306,488 2,2%	1350,553 3,4%	1439,111 6,6%	1543,724 7,3%	1639,748 6,2%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	2418,176 2,0%	2450,449 1,3%	2530,151 3,3%	2601,557 2,8%	2688,553 3,3%	2743,087 2,0%	2804,874 2,3%	2874,022 2,5%	2945,662 2,5%	3011,985 2,3%

TAB. 4 : PREISINDIZES 1995 = 100

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
PC	PRIVATER KONSUM	101,954 2,0%	103,500 1,5%	103,982 0,5%	104,770 0,8%	106,717 1,9%	109,278 2,4%	111,136 1,7%	112,914 1,6%	114,721 1,6%	116,327 1,4%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	101,404 1,4%	102,266 0,9%	103,242 1,0%	104,872 1,6%	106,660 1,7%	108,366 1,6%	109,883 1,4%	111,422 1,4%	112,870 1,3%	114,337 1,3%
PIF	BRUTTO INVESTITIONEN	101,175 1,2%	103,454 2,3%	104,961 1,5%	106,102 1,1%	107,834 1,6%	109,329 1,4%	110,601 1,2%	112,058 1,3%	113,634 1,4%	114,869 1,1%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	99,552 -0,4%	99,800 0,2%	100,428 0,6%	100,608 0,2%	100,492 -0,1%	100,793 0,3%	101,196 0,4%	101,804 0,6%	102,618 0,8%	102,926 0,3%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	102,362 2,4%	106,249 3,8%	108,670 2,3%	110,742 1,9%	113,913 2,9%	116,420 2,2%	118,515 1,8%	120,885 2,0%	123,303 2,0%	125,523 1,8%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	101,734 1,7%	103,478 1,7%	104,076 0,6%	105,124 1,0%	107,771 2,5%	110,260 2,3%	112,135 1,7%	113,811 1,5%	115,516 1,5%	117,032 1,3%
PX	EXPORTE I.W.S.	101,084 1,1%	101,846 0,8%	102,214 0,4%	102,060 -0,2%	104,459 2,4%	106,029 1,5%	107,338 1,2%	108,775 1,3%	110,112 1,2%	111,552 1,3%
PM	IMPORTE I.W.S.	102,135 2,1%	103,943 1,8%	103,888 -0,1%	103,957 0,1%	109,214 5,1%	111,653 2,2%	112,852 1,1%	114,152 1,2%	115,432 1,1%	116,700 1,1%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	101,314 1,3%	102,572 1,2%	103,340 0,7%	104,247 0,9%	105,456 1,2%	107,480 1,9%	109,334 1,7%	110,948 1,5%	112,530 1,4%	114,016 1,3%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
XG\$	WARENEXPORTE	613,910 5,6%	716,062 16,6%	776,264 8,4%	832,560 7,3%	958,359 15,1%	1005,767 4,9%	1067,632 6,2%	1166,879 9,3%	1278,811 9,6%	1386,041 8,4%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	129,737 14,6%	144,062 11,0%	161,023 11,8%	164,684 2,3%	189,980 15,4%	202,471 6,6%	215,391 6,4%	231,782 7,6%	250,583 8,1%	269,899 7,7%
XST\$	REISEVERKEHR	135,335 -0,5%	134,085 -0,9%	138,404 3,2%	142,174 2,7%	149,226 5,0%	157,545 5,6%	165,115 4,8%	172,120 4,2%	179,423 4,2%	186,667 4,0%
XADJ\$	EXPORTE ADJUSTMENT	90,957 24,4%	80,046 -12,0%	62,020 -22,5%	83,347 34,4%	83,432 0,1%	88,505 6,1%	93,426 5,6%	100,991 8,1%	109,573 8,5%	117,667 7,4%
X\$	EXPORTE I.W.S.	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1137,711 5,9%	1222,765 7,5%	1380,997 12,9%	1454,288 5,3%	1541,564 6,0%	1671,772 8,4%	1818,389 8,8%	1960,274 7,8%
MG\$	WARENIMPORTE	686,533 6,6%	763,723 11,2%	817,528 7,0%	875,364 7,1%	993,906 13,5%	1035,072 4,1%	1080,913 4,4%	1177,313 8,9%	1287,780 9,4%	1392,925 8,2%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	117,745 12,7%	122,953 4,4%	134,788 9,6%	133,762 -0,8%	147,903 10,6%	155,391 5,1%	162,461 4,6%	169,520 4,3%	179,298 5,8%	187,456 4,5%
MST\$	REISEVERKEHR	116,702 6,6%	123,244 5,6%	117,734 -4,5%	117,929 0,2%	127,072 7,8%	133,375 5,0%	138,763 4,0%	145,078 4,6%	151,679 4,6%	157,961 4,1%
MADJ\$	IMPORTE ADJUSTMENT	76,322 17,9%	103,174 35,2%	83,280 -19,3%	109,000 30,9%	127,170 16,7%	134,902 6,1%	141,985 5,3%	150,862 6,3%	163,198 8,2%	175,239 7,4%
M\$	IMPORTE I.W.S.	997,302 8,1%	1113,094 11,6%	1153,330 3,6%	1236,055 7,2%	1396,051 12,9%	1458,739 4,5%	1524,122 4,5%	1642,773 7,8%	1781,955 8,5%	1913,581 7,4%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU PREISEN 1995)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
XG	WARENEXPORTE	607,832 4,5%	706,873 16,3%	764,792 8,2%	824,970 7,9%	927,680 12,5%	961,077 3,6%	1010,092 5,1%	1090,899 8,0%	1182,534 8,4%	1266,494 7,1%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	128,963 13,9%	139,595 8,2%	154,979 11,0%	156,099 0,7%	175,762 12,6%	184,550 5,0%	192,855 4,5%	203,462 5,5%	216,077 6,2%	228,393 5,7%
XST	REISEVERKEHR	132,681 -2,4%	129,301 -2,5%	132,191 2,2%	134,634 1,8%	138,096 2,6%	142,239 3,0%	146,150 2,8%	149,804 2,5%	153,549 2,5%	157,388 2,5%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	90,056 23,2%	79,019 -12,3%	61,103 -22,7%	82,383 34,8%	80,513 -2,3%	83,734 4,0%	87,083 4,0%	92,744 6,5%	99,236 7,0%	104,991 5,8%
X	EXPORTE I.W.S.	959,533 6,2%	1054,788 9,9%	1113,065 5,5%	1198,086 7,6%	1322,051 10,3%	1371,599 3,7%	1436,180 4,7%	1536,908 7,0%	1651,396 7,4%	1757,266 6,4%
MG	WARENIMPORTE	672,412 4,4%	738,253 9,8%	794,179 7,6%	851,439 7,2%	915,535 7,5%	932,930 1,9%	966,516 3,6%	1042,290 7,8%	1128,800 8,3%	1210,074 7,2%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	115,098 10,1%	118,452 2,9%	128,737 8,7%	128,002 -0,6%	136,195 6,4%	139,599 2,5%	143,089 2,5%	146,667 2,5%	152,533 4,0%	156,347 2,5%
MST	REISEVERKEHR	114,190 4,3%	114,433 0,2%	106,354 -7,1%	104,178 -2,0%	109,605 5,2%	112,345 2,5%	114,592 2,0%	117,228 2,3%	120,159 2,5%	122,562 2,0%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	74,752 15,5%	99,733 33,4%	80,901 -18,9%	105,385 30,3%	116,936 11,0%	121,613 4,0%	126,356 3,9%	132,927 5,2%	142,231 7,0%	150,765 6,0%
M	IMPORTE I.W.S.	976,452 5,8%	1070,871 9,7%	1110,172 3,7%	1189,004 7,1%	1278,270 7,5%	1306,488 2,2%	1350,553 3,4%	1439,111 6,6%	1543,724 7,3%	1639,748 6,2%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
PXG	WARENEXPORTE	101,000 1,0%	101,300 0,3%	101,500 0,2%	100,920 -0,6%	103,307 2,4%	104,650 1,3%	105,697 1,0%	106,965 1,2%	108,142 1,1%	109,439 1,2%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,600 0,6%	103,200 2,6%	103,900 0,7%	105,500 1,5%	108,089 2,5%	109,711 1,5%	111,685 1,8%	113,919 2,0%	115,970 1,8%	118,173 1,9%
PXST	REISEVERKEHR	102,000 2,0%	103,700 1,7%	104,700 1,0%	105,600 0,9%	108,060 2,3%	110,761 2,5%	112,976 2,0%	114,897 1,7%	116,850 1,7%	118,603 1,5%
PX	EXPORTE I.W.S.	101,084 1,1%	101,846 0,8%	102,214 0,4%	102,060 -0,2%	104,459 2,4%	106,029 1,5%	107,338 1,2%	108,775 1,3%	110,112 1,2%	111,552 1,3%
PMG	WARENIMPORTE	102,100 2,1%	103,450 1,3%	102,940 -0,5%	102,810 -0,1%	108,560 5,6%	110,948 2,2%	111,836 0,8%	112,954 1,0%	114,084 1,0%	115,111 0,9%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	102,300 2,3%	103,800 1,5%	104,700 0,9%	104,500 -0,2%	108,597 3,9%	111,312 2,5%	113,538 2,0%	115,582 1,8%	117,547 1,7%	119,898 2,0%
PMST	REISEVERKEHR	102,200 2,2%	107,700 5,4%	110,700 2,8%	113,200 2,3%	115,936 2,4%	118,719 2,4%	121,093 2,0%	123,757 2,2%	126,232 2,0%	128,883 2,1%
PM	IMPORTE I.W.S.	102,135 2,1%	103,943 1,8%	103,888 -0,1%	103,957 0,1%	109,214 5,1%	111,653 2,2%	112,852 1,1%	114,152 1,2%	115,432 1,1%	116,700 1,1%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	98,971 -1,0%	97,982 -1,0%	98,389 0,4%	98,175 -0,2%	95,646 -2,6%	94,962 -0,7%	95,114 0,2%	95,290 0,2%	95,391 0,1%	95,589 0,2%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	98,923 -1,1%	97,922 -1,0%	98,601 0,7%	98,162 -0,4%	95,161 -3,1%	94,323 -0,9%	94,510 0,2%	94,697 0,2%	94,791 0,1%	95,073 0,3%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
BPG	SALDO GUETER	-77,035	-51,979	-45,258	-46,464	-39,725	-30,304	-18,281	-18,434	-16,970	-16,884
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-9,971	25,056	6,721	-1,206	6,739	9,421	12,023	-0,153	1,464	0,086
BPST	SALDO REISEVERKEHR	18,631	10,842	20,670	23,812	20,912	24,171	26,352	27,043	27,744	28,706
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-7,852	-7,789	9,828	3,142	-2,900	3,259	2,182	0,690	0,701	0,962
BPSO	SALDO SONST. DIENSTE	29,541	1,191	8,523	9,204	-9,318	-6,317	-1,630	6,391	8,660	14,871
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,532	-28,350	7,332	0,681	-18,522	3,001	4,687	8,021	2,270	6,211
BPOP	SALDO EINKOMMEN	-9,835	-18,567	-24,484	-45,812	-32,589	-32,500	-33,000	-33,000	-33,000	-33,000
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	14,117	-8,732	-5,917	-21,328	13,223	0,089	-0,500	0,000	0,000	0,000
BPTR	SALDO TRANSFERS	-18,817	-20,717	-23,913	-26,177	-20,151	-23,000	-25,000	-26,500	-27,000	-28,000
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,559	-1,900	-3,196	-2,264	6,026	-2,849	-2,000	-1,500	-0,500	-1,000
BPC	LEISTUNGSBILANZ	-57,515	-79,230	-64,462	-85,437	-80,871	-67,951	-51,558	-44,500	-40,565	-34,307
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	4,267	-21,715	14,768	-20,975	4,566	12,920	16,392	7,058	3,935	6,259

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Var1	M\$/GDP\$*100	40,707	44,285	44,110	45,577	49,239	49,478	49,700	51,519	53,758	55,722
	IMPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,785	3,578	-0,175	1,467	3,663	0,238	0,222	1,820	2,239	1,964
Var2	MG\$/GDP\$*100	28,022	30,385	31,267	32,277	35,055	35,108	35,247	36,922	38,850	40,561
	IMPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,859	2,363	0,882	1,010	2,778	0,052	0,139	1,675	1,928	1,711
Var3	X\$/GDP\$*100	39,590	42,740	43,513	45,087	48,708	49,327	50,268	52,429	54,857	57,082
	EXPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,469	3,150	0,773	1,574	3,622	0,618	0,941	2,160	2,429	2,224
Var4	XG\$/GDP\$*100	25,058	28,489	29,689	30,699	33,802	34,114	34,814	36,595	38,579	40,361
	EXPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,533	3,431	1,200	1,010	3,103	0,312	0,700	1,781	1,985	1,781
Var5	BPC/GDP\$*100	-2,348	-3,152	-2,465	-3,150	-2,852	-2,305	-1,681	-1,396	-1,224	-0,999
	LEISTUNGSBILANZQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,258	-0,805	0,687	-0,685	0,298	0,548	0,624	0,286	0,172	0,225

TAB. 10 : ARBEITSMARKT

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG IN 1000	5237,000 0,3%	5254,500 0,3%	5266,200 0,2%	5275,300 0,2%	5277,200 0,0%	5276,900 0,0%	5281,900 0,1%	5289,400 0,1%	5288,400 0,0%	5285,000 -0,1%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	69,623 -0,5%	69,613 0,0%	69,962 0,5%	70,148 0,3%	70,129 0,0%	70,410 0,4%	70,529 0,2%	70,878 0,5%	71,233 0,5%	71,589 0,5%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3646,161 -0,2%	3657,817 0,3%	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3700,852 0,0%	3715,444 0,4%	3725,287 0,3%	3749,043 0,6%	3767,076 0,5%	3783,477 0,4%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3318,204 -0,4%	3331,510 0,4%	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3355,244 -0,3%	3360,505 0,2%	3364,669 0,1%	3384,819 0,6%	3397,388 0,4%	3408,244 0,3%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS- KRAEFTEANGEBOT	327,957 0,8%	326,307 -0,5%	327,045 0,2%	333,608 2,0%	345,608 3,6%	354,939 2,7%	360,618 1,6%	364,224 1,0%	369,687 1,5%	375,233 1,5%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	368,400 -0,8%	368,900 0,1%	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,800 0,5%	374,552 0,5%	376,425 0,5%	378,307 0,5%	380,199 0,5%	382,100 0,5%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3277,761 -0,2%	3288,917 0,3%	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3328,052 0,0%	3340,892 0,4%	3348,862 0,2%	3370,736 0,7%	3386,877 0,5%	3401,377 0,4%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3075,491 0,4%	3090,868 0,5%	3111,886 0,7%	3136,470 0,8%	3153,093 0,5%
LENACT	KUG-BEZIEHER UND PRAESENZDIENER	91,504 -4,6%	87,063 -4,9%	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	69,280 -4,2%	71,012 2,5%	72,077 1,5%	80,402 11,6%	85,628 6,5%	91,365 6,7%
UN	ARBEITSLOSE	230,507 6,9%	233,348 1,2%	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	194,314 -12,4%	194,390 0,0%	185,917 -4,4%	178,448 -4,0%	164,779 -7,7%	156,919 -4,8%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	5,818 -0,020	5,552 -0,267	5,294 -0,258	4,865 -0,429	4,613 -0,252

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2449,959 3,3%	2513,476 2,6%	2614,661 4,0%	2712,034 3,7%	2835,238 4,5%	2948,273 4,0%	3066,675 4,0%	3188,660 4,0%	3314,760 4,0%	3434,149 3,6%
YWGG\$	ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	1295,604 1,0%	1315,458 1,5%	1367,521 4,0%	1418,185 3,7%	1467,387 3,5%	1519,795 3,6%	1580,853 4,0%	1637,759 3,6%	1701,869 3,9%	1762,216 3,5%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER- SCHUSS/SELBST.EINK	856,187 7,1%	871,254 1,8%	918,315 5,4%	945,337 2,9%	1010,997 6,9%	1059,134 4,8%	1101,703 4,0%	1155,259 4,9%	1204,132 4,2%	1251,606 3,9%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	298,168 3,3%	326,764 9,6%	328,824 0,6%	348,512 6,0%	356,854 2,4%	369,344 3,5%	384,118 4,0%	395,642 3,0%	408,758 3,3%	420,327 2,8%
YF\$	PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-15,046 -50,6%	-15,909 5,7%	-19,985 25,6%	-43,682 118,6%	-2,555 -94,2%	-2,606 2,0%	-2,658 2,0%	-2,711 2,0%	-2,765 2,0%	-2,821 2,0%
DEP\$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	346,661 4,1%	359,226 3,6%	373,703 4,0%	388,316 3,9%	405,394 4,4%	423,637 4,5%	442,700 4,5%	462,622 4,5%	483,440 4,5%	505,195 4,5%
Y\$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	2088,252 4,0%	2138,341 2,4%	2220,973 3,9%	2280,036 2,7%	2427,290 6,5%	2522,031 3,9%	2621,316 3,9%	2723,327 3,9%	2828,555 3,9%	2926,134 3,4%
YT\$	LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-11,466 61,0%	-10,235 -10,7%	-16,588 62,1%	-13,990 -15,7%	-8,942 -36,1%	-8,942 0,0%	-8,942 0,0%	-8,942 0,0%	-8,942 0,0%	-8,942 0,0%
NE\$	VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	2076,786 3,8%	2128,106 2,5%	2204,385 3,6%	2266,046 2,8%	2418,347 6,7%	2513,089 3,9%	2612,374 4,0%	2714,385 3,9%	2819,612 3,9%	2917,191 3,5%

Autoren: Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein, Helmut Hofer,
Reinhard Koman, Monika Riedel, Edith Skriner, Andrea Weber

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2001–2005

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 19

Redaktion: Nina Gritzky

© 2001 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 5970635 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
